



PULVERFASS UKRAINE

Eine Sonderschrift der GMS zur Vergangenheit und
Aktualität eines „ewigen Grenzlands“

Referate anlässlich der Frühjahrstagung 2022

PD Dr. Hans Rudolf Fuhrer

Botschafter Thomas Greminger

Schriftenreihe

45-2 | PULVERFASS UKRAINE

Eine Sonderschrift der GMS zur Vergangenheit und Aktualität eines „ewigen Grenzlands“

Autoren

PD Dr. Hans Rudolf Fuhrer

Botschafter Thomas Greminger

Layout

David Accola, RC GMS,

Abbildungen

Internet; Abb. 12 /13: Kdo Op, MND&DPSA

Herausgeber

Schweizerische Gesellschaft für militärhistorische Studienreisen (GMS), 5430 Wettingen

Copyright ©

Die Schrift steht unter dem Copyright der Autoren und der GMS.

www.gms-reisen.ch

info@gms-reisen.ch

Vorwort

Es ist mehrfach der Wunsch geäußert worden, ob man die Referate anlässlich der GMS-Tagung im Februar 2022 nicht irgendwo nachlesen könnte. Anlässlich der GMS-GV in Burgdorf war die Ukraine ein vieldiskutiertes Thema. Das sind zwei gewichtige Gründe, dieses Sonderheft zu gestalten. Es geht nicht um die Tagesereignisse des Krieges. Dazu sind die Medien voll – leider zu oft sehr einseitig und darauf ausgerichtet, Emotionen zu wecken und Pauschalurteile zu fällen. Kritische und ausgewogene Darstellungen sind selten. Die Vorgeschichte wird ausgeklammert. Gerade in solchen Zeiten, in denen glasklar ist, wer gut und wer böse ist, braucht es eine möglichst objektive Analyse der dazwischenliegenden Grauzone. Selbstverständlich besteht die Gefahr, dass jede von der aktuellen Propaganda-Hype abweichende Darstellung zurzeit nicht gehört werden will, angegriffen oder totgeschwiegen wird. Das soll aber kein ausreichender Grund sein, jetzt zu schweigen. Nachher sind sowieso alle gescheitert und haben ja alles längst gewusst. Genau jetzt braucht es geschichtliches Hintergrundwissen, auch wenn die aktuelle Quellenlage zu einer abschliessenden Wertung noch ungenügend ist.

Durch die noch vor Wochen unvorstellbaren Ereignisse in der Ukraine ist in mir die Einsicht verstärkt worden, dass insbesondere die **Vorgeschichte** eines Krieges durch die Militärgeschichte besonders sorgfältig aufzuarbeiten sei. Den gleichen methodischen Ansatz verfolgte ich ja schon in der GMS-Jahresschrift Nr. 45 «Feindbild Moskau» und er wird auch für die nächste «Pulverfass Balkan» wegleitend sein. Ich beziehe mich auf den Satz des israelischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland. Er wurde gefragt, wer im Sechstage-Krieg den ersten Schuss abgegeben habe. Er soll geantwortet haben, dies sei völlig irrelevant. Entscheidend sei, was dem ersten Schuss vorangegangen sei. Erst dann wird die Militärgeschichte zu einem Teil der Friedensforschung und nicht zur Vorbereitung des nächsten Krieges, denn sie erkennt, wann, wo und durch wen die Weichen falsch gestellt worden sind.

Andererseits ist als Medienkonsument mein kritisches Hinschauen geschärft worden. Ich halte es mit dem alten römischen Rechtsgrundsatz: «Audiatur et altera pars – auch die andere Seite soll gehört werden». Selbst- und Fremdbild sind in der Regel nie deckungsgleich. Aber in der historischen Analyse sind sie gleichwertig. Man muss deswegen mit der Fremdmeinung nicht einverstanden sein. Es geht nicht um ein «Putinverstehen», nicht um eine Rechtfertigung und schon gar nicht um ein Moralurteil, sondern um das Nachzeichnen der historischen Wirklichkeit – so ausgewogen wie möglich – und um das Herausarbeiten von transfertauglichen Erfahrungen und von Zusammenhängen für die Gestaltung der Zukunft im Sinne meiner «liegenden Acht». Dies ist die Aufgabe der Geschichtswissenschaft. Das ist bereits eine ausreichend schwierige Arbeit.

Sie erhalten hier das Referat von Botschafter Thomas Greminger und mein bis zum 24. Februar 2022 erweiterter Vortrag. Der dritte Referent, lic. phil. Ralph Bosshard, muss wegen Arbeitsüberlastung verzichten. Er hat mir jedoch viel Material zur Verfügung gestellt, das in meinem Beitrag verarbeitet ist.

Das reale Kriegsgeschehen soll in einem Standbild zum Zeitpunkt der Herausgabe dieser Schrift bewusst gemacht werden.

Möge dieses Heft Ihnen dienen, das Tagesgeschehen etwas besser einordnen zu können. Mit dem Wunsch, dass der unselige Krieg möglichst bald zu Ende sei, wünsche ich Ihnen eine im weitesten Sinne lohnende Lektüre und erlebnisfrohe Sommermonate.

Meilen, März 2022

Hans Rudolf Fuhrer

Herausgeber der GMS Schriftenreihe

Ukraine – das ewige Grenzland¹

Hans Rudolf Fuhrer



Abb. 1: Die Ukraine mit ihren Verwaltungsbezirken (Oblasten) und deren Hauptstädten.

«Ukraine» bedeutet «Grenzland» oder «Randgebiet». Der Name «Ukraine» taucht zum ersten Mal in der *Nestorchronik* auf, wo von einem Perejaslawer Fürsten berichtet wird, der 1187 in einer Schlacht gegen die Nomaden fällt. Die Chronik meldet, dass «ihn die Ukraine viel beweinte». «Ukraine» wurde zu verschiedenen Zeiten nicht für das ganze heutige Staatsgebiet verwendet, sondern jeweils bloss für Grenzregionen der umliegenden Länder.

Das heutige ukrainische Territorium liegt zwischen den Karpaten im Westen, den Pripjet-Sümpfen im Norden, der zentralrussischen Platte im Osten und dem Schwarzen bzw. Asowschen Meer im Süden. Die wichtigsten Flüsse des Landes sind: der Pruth, der Dnjestr, der Bug, der Dnjep und der Donez. Sie strukturieren das Land, das eine Ost-West

¹ Diese Aufarbeitung des Ukraine-Konflikts basiert auf dem Referat anlässlich der GMS-Tagung im Frühling 2022, das aufgrund der einschlägigen Literatur erarbeitet wurde. Wichtige Informationen zur Vorgeschichte des aktuellen Konflikts verdanke ich lic. phil. Ralph Bosshard, Dr. Christoph Baumann sowie einem Artikel von Oberst Jacques Baud in: Nr. 4/5 vom 15. März 2022 - Zeitgeschehen im Fokus (zeitgeschehen-im-fokus.ch).

Ausdehnung von 1100 und eine Nord-Süd Ausdehnung von 800 km hat. Die fruchtbare Schwarzerde der Ukraine macht das Land zu einer reichen Kornkammer.

Die Ukraine besteht aus vier Grossregionen: Das sind die Schwerindustriegebiete des *Ostens* mit den Zentren: Donezk, Luhansk, Charkiv. Dnipropetrovsk); der Süden, d.h. der Raum nördlich des Schwarzen Meers mit der Hafenstadt Odessa und der Halbinsel Krim; die *zentrale und nördliche Ukraine* auf beiden Seiten des Dnjepr mit der Hauptstadt Kiew; sowie die eher ländlich geprägte *Westukraine* (Galizien, Westwolhynien, Bukowina und Transkarpatien).

Während im Osten und im Süden mehrheitlich russisch gesprochen wird, herrscht im Zentrum und im Westen das Ukrainische vor. Dabei ist die Bevölkerung der Ukraine bunt gemischt wie: Ukrainer, Russen, Belarussen, Rumänen, Ungarn, Slowaken, dazu Minderheiten, die es nur in der Ukraine gibt, wie die Russinen in den Karpaten oder die Krimtataren. Die grossen Klammern sind die orthodoxe Religion und die historische Einheit in der Kiewer Rus. Es fehlt aber eine staatliche Identität.

Schlüsseldaten 14. – 17. Jahrhundert

1385/86	Personalunion zwischen dem Grossfürstentum Litauen und dem Königreich Polen
1362	Die meisten Gebiete der Ukraine incl. Kiew fallen an Litauen
1458	Kiew und die ganze Rus' von Moskau unabhängig
1569	Fast die ganze Ukraine kommt zu Polen (Realunion von Lublin)
1591–1596	Kosakenaufstände
1596	Spaltung der orthodoxen Kirche in Polen-Litauen (Kirchenunion von Brest)
1637/38/48	Kosakenaufstände
1654	Hetman Chmielnyckyj schliesst ein Bündnis mit dem Zaren Alexej in Perejaslav
1667	Frieden von Andrusiw (Andrusovo): Aufteilung

Schlüsseldaten 18. – Anfang des 20. Jahrhunderts

1708	Bündnis Hetman Ivan Mazepa mit Schweden (Karl XII.)
1709	Schlacht von Poltava, Tod Mazepas
1772	Erste Teilung Polens: Galizien fällt an Österreich
1783	Annexion der Krim durch Russland
1793	Zweite Teilung Polens: auch rechtsufrige Ukraine an Russland
1865	Universität Odessa gegründet
1880	Aufbau der Schwerindustrie in der Südukraine
1884	«Katharinen-Eisenbahn» Donez-Becken–Kryvyj Rih
1905	Revolution in Russland, Panzerkreuzer POTESKIN
1914/15	Erster Weltkrieg: Besetzung Ost-Galiziens

1917	Revolution, Ukrainische Volksrepublik im Rahmen Russlands
12.01.1918	Unabhängigkeitserklärung der Ukraine
03.03.1918	Friede von Brest-Litowsk, Besetzung der Ukraine durch Mittelmächte
10.09.1919	Friede von St. Germain: Bukowina an Rumänien, Karpaten-Ukraine an die Tschechoslowakei

Es bleibt festzuhalten, dass die Ukraine seit der Eroberung durch die Mongolen im 13. Jahrhundert bis zu ihrer Gründung als unabhängiger Staat im Jahr 1991 praktisch immer von stets wechselnden Mächten beherrscht wurde. Dabei hatten die Teilgebiete sehr unterschiedliche Zugehörigkeiten. So gehörte die *Region Galizien* in der Westukraine vier Jahrhunderte zu Polen-Litauen, 150 Jahre zu Österreich, dann wieder Jahrzehnte zu Polen und wurde erst 1939 und dann nach Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1945 ein zweites Mal Teil der UdSSR. Die *Regionen am rechten Dnjepr-Ufer* gehörten ebenfalls vier Jahrhunderte zum Grossfürstentum Litauen, dann zu Polen-Litauen, dann infolge der Teilungen Polens zu Russland und seit 1920 zur Sowjetunion. Die *linksufrige Ukraine* gehörte drei Jahrhunderte zu Polen-Litauen und seit 1654 zu Russland. Die *Steppengebiete der Süd- und Ostukraine* hingegen waren nie Bestandteil des Königreichs Polen-Litauen; sie gehörten ununterbrochen zu Russland oder zur Sowjetunion. Der Zankapfel Krim war vorerst osmanisch/tatarisch, seit 1774 russisch und erst seit 1954 Bestandteil der Ukraine. Nikita Chruschtschow hatte sie eigenmächtig der brüderlichen Sowjetrepublik zu Ehren der 300-jährigen Zugehörigkeit zu Russland geschenkt.

Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass in ihrer Geschichte die Ostukraine nie eine Aufklärung/Reformation und die Westukraine nur eine durch den römischen Katholizismus gefilterte erlebt haben. Damit fehlt ein entscheidender Faktor, der die Staaten Westeuropas in unterschiedlichem Masse geprägt hat. Man sollte dies im Hinterkopf behalten, wenn man das Welt-, Menschen- und Gesellschaftsbild in dieser Region verstehen möchte.

Kulturell betrachtet gibt es zwischen der Ukraine, Russland und Belarus viele Gemeinsamkeiten. Auch Russland selbst sieht seine Ursprünge in der sogenannten Kiewer Rus, einem mittelalterlichen slawischen Grossreich. Vor diesem Hintergrund ist die Aussage Wladimir Putins vom 12. Juli 2021 zu verstehen:

«Die tausendjährige alte Rus ist der riesige Raum, in dem sich heute drei Staaten befinden, Russland, Ukraine und Belarus: Russen, Ukrainer und Weissrussen sind ein Volk.»

Die Ukraine bedeutet den Russen ausserordentlich viel und ist mehr als irgendein weiteres Land. Tatsächlich sind diese Länder kulturell eng miteinander verflochten, was kriegsgerische Auseinandersetzungen zwischen ihnen höchst kompliziert erscheinen lässt.





Abb. 2: Der 1000-jährige Kiewer Rus

Besonders die **russische Revolution** der Jahre 1917/18 hatte auf die Ukraine einen großen Einfluss. Am 7. November 1917 proklamierte die Werchowna Rada, das ukrainische Parlament, sich als «Ukrainische Volksrepublik» und Teil der russischen Föderation. Das aber wollten die Bolschewiki nicht akzeptieren. Lenin setzte eine ukrainische Sowjetregierung ein. Er wollte einen zentralisierten Staat und die alleinige Macht. Doch in den **Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk** verfolgten nationalistische ukrainische Kreise weiterhin einen Unabhängigkeitskurs und hatten zu diesem Zweck eine Abordnung gesandt. Sie suchten zuerst Hilfe bei den Alliierten und nach deren zurückhaltenden Antworten bei den Mittelmächten. Hier fanden sie offene Türen, da die Mittelmächte nach einem Druckmittel gegen die noch junge Revolution suchten.

In der Folge proklamierte die Rada im Januar 1918 *die volle Unabhängigkeit der Ukraine*. Die Mittelmächte schlossen am 9. Februar einen Separatfrieden, den sogenannten «Brotfrieden», der, wie der Begriff sagt, ukrainisches Getreide gegen Anerkennung des ukrainischen Staates als unabhängig vorsah. Nach Ablauf des Waffenstillstands am 17. Februar starteten die Mittelmächte zu der entscheidenden Grossoffensive «Faustschlag». Die Rote Armee leistete keinen Widerstand mehr. Die sowjetischen Führer fürchteten um die Revolution und waren unter Protest bereit, die deutschen Forderungen zu erfüllen. Am 3. März 1918 musste die Russische Sowjetrepublik im Frieden von Brest-Litowsk die *Unabhängigkeit der Ukraine* anerkennen. Eine neu eingesetzte, den Deutschen genehme Regierung unter Pawlo Skoropadskij, einem russifizierten Nachkommen eines alten Kosakengeschlechtes, General und Grossgrundbesitzer, versuchte wieder Ruhe und Ordnung herzustellen. Die neue Regierung wollte z.B. den Gutsbesitzern ihr Land zurückgeben, was aber von den ukrainischen Bauern vehement abgelehnt wurde. Zehntausende von Bauern erhoben sich und lieferten deutschen Truppen erbitterte Gefechte. Nach dem Abzug deutscher Truppen am 14. Dezember 1918 wurde die Ukraine zu einem Hauptschauplatz des innerrussischen Bürgerkrieges. 1920 hatten die Bolschewiki die vollständige Kontrolle über die Ukraine wieder gewonnen.

Ein uralter Traum der ukrainischen Nationalbewegung war in Erfüllung gegangen: die Vereinigung der West- mit der Dnjepr-Ukraine, aber wieder unter Fremdherrschaft.



Abb. 3: Die Ukraine nach den Pariser Friedensverträgen von 1919

In den *Pariser Friedensverträgen* (1919) und im *Frieden von Riga* (1921) wurde der letzte Rest dieses Traums zerstört, denn die Grenzen im Westen wurden neu gezogen: Bestätigt



wurden die Zugehörigkeit der nördlichen Bukowina (ehemals österreichisch) und Bessarabiens zu Rumänien, der Karpaten-Ukraine (seit dem Mittelalter Teil des Königreiches Ungarn) zur Tschechoslowakei und Galiziens (welches seit der ersten Teilung Polens österreichisch gewesen war) vorerst auf 25 Jahre zu Polen.

Schlüsselergebnisse der Zwischenkriegszeit

06.12.1920	Rote Armee erobert Kiew
1922	Gründung der UdSSR
1929–1933	1. Fünfjahresplan, Bau der Dnjepr-Kraftwerke, Schwerindustrie
1932/33	Hungersnot (holodomor), «Säuberungen»
27.01.1938	Chrusčev wird 1. Sekretär der KP in der Ukraine, Russisch Pflichtfach in den Schulen

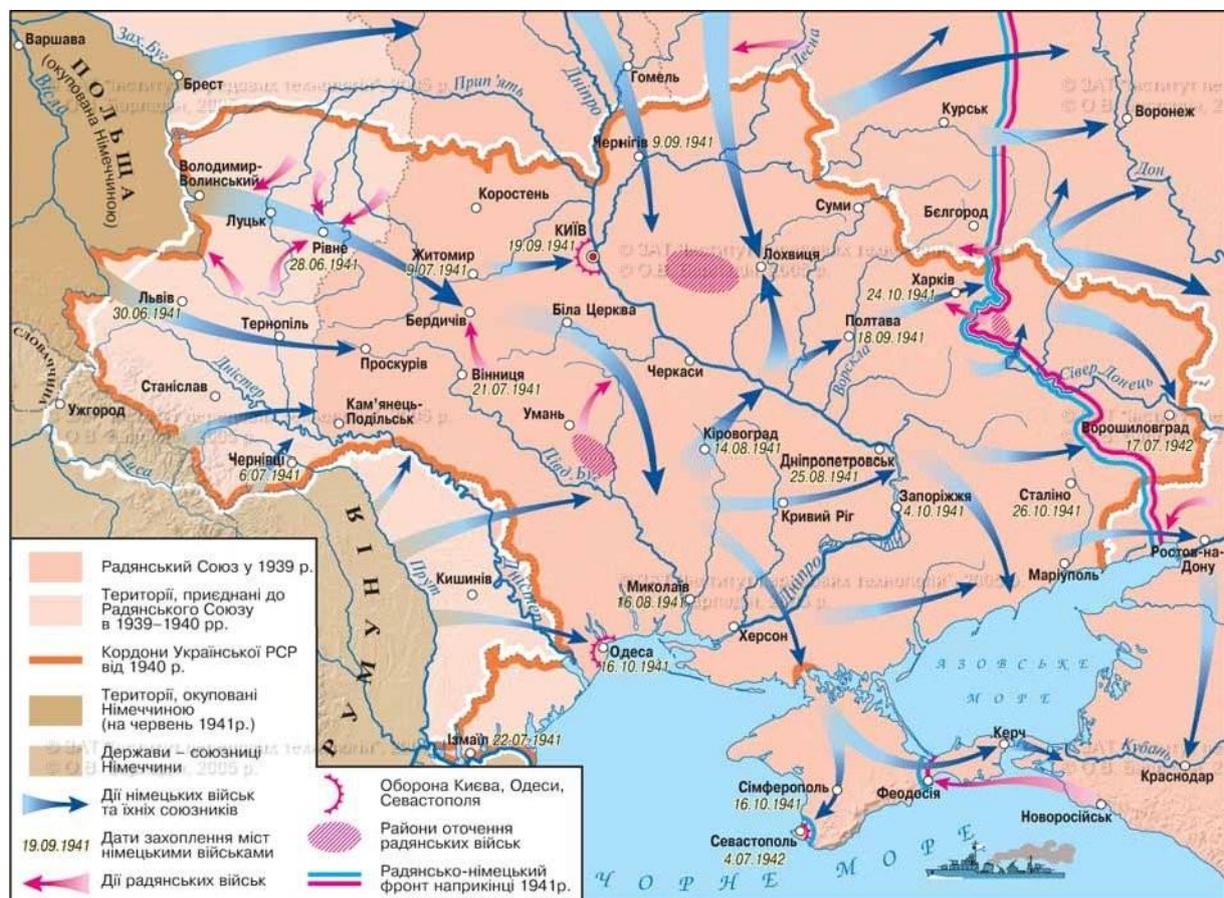


Abb. 4: Deutsche Besetzungen während des Zweiten Weltkriegs

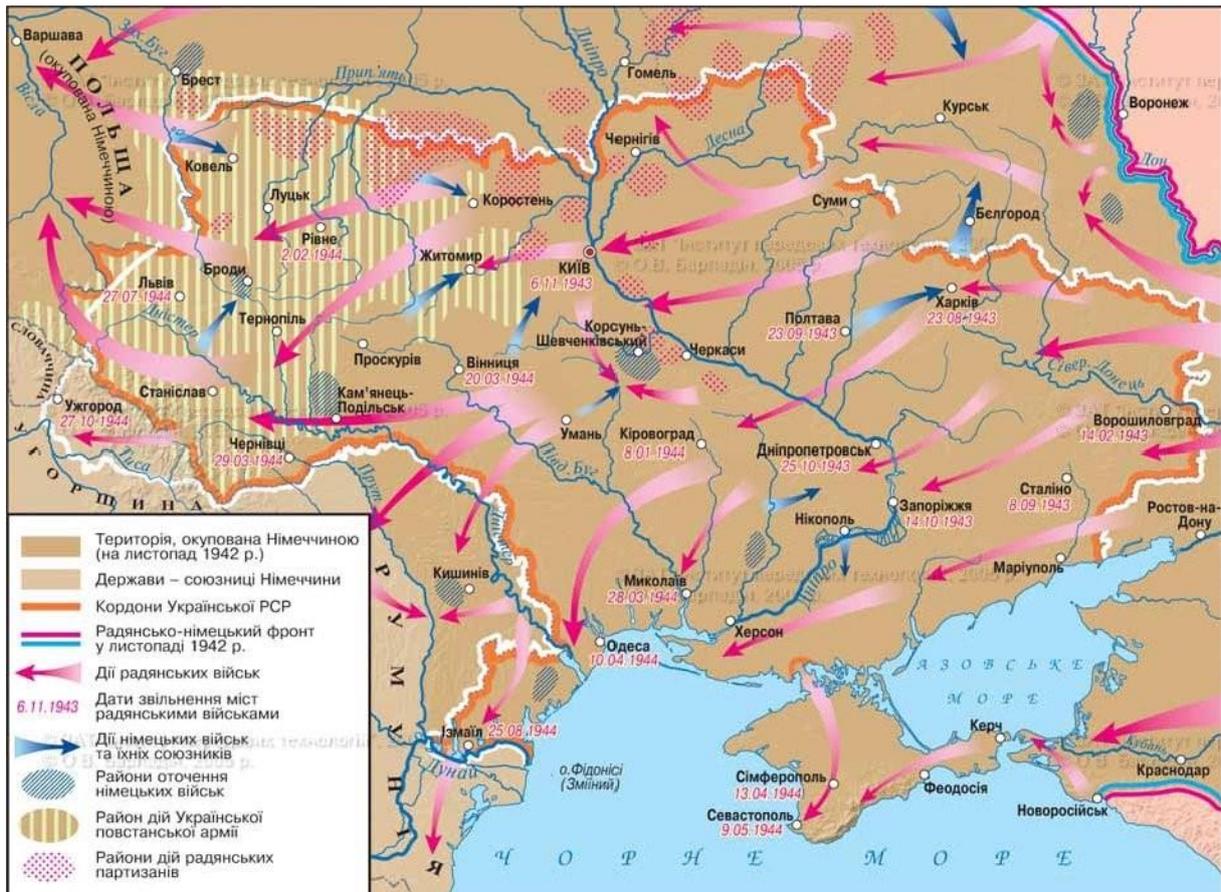


Abb. 5: Die russischen Befreiungsoffensiven 1943/44.

Die deutsche Besetzungszeit 1941–1944 während des Zweiten Weltkriegs führte dann dazu, dass der in der Westukraine immer vorhandene radikale Nationalismus starken Rückenwind erhielt. Zwei organisierte militärische Einheiten der OUN (Organisation ukrainischer Nationalisten) mit den Decknamen «Nachtigall» und «Roland» marschierten sogar mit der Wehrmacht in die Ukraine ein. Mitglieder der Bandera-Fraktion, benannt nach dem Anführer Stepan Bandera (1909 – 1959), proklamierten schon am 30. Juni 1941 in Lemberg/Lwiw einen souveränen ukrainischen Staat. Ein unbändiger Russenhas, gepaart mit einem rassistischen Judenhas waren zwei Elemente, welche diese nationalistischen Kämpfer mit den nationalsozialistischen Invasoren verbanden. Der Russenhas hatte seine Wurzeln nicht zuletzt in der schrecklichen, von Stalin inszenierten Hungersnot (Holodomor) der 1930-er Jahre und der Judenhas durch den Umstand, dass zahlreiche Juden hohe Kommandoposten innehatten.

Sie haben Tausende von Menschenleben auf dem Gewissen und waren wegen ihrer grenzenlosen Brutalität gefürchtet. Allerdings reagierten die deutschen Behörden anders als erwartet. Bandera und seine Mitkämpfer wurden nach kooperativen Anfängen verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschickt. Das rassistische Denken der Nationalsozialisten, die in allen Slawen Untermenschen sahen, mag hier die Oberhand über strategische Überlegungen behalten haben. Ich zitiere einen Ausspruch des Reichskommissars Erich Koch:



«Es gibt keine freie Ukraine. Das Ziel unserer Arbeit muss sein, dass die Ukrainer für Deutschland arbeiten, und nicht, dass wir das Volk hier beglücken. Die Ukraine hat das zu liefern, was Deutschland nötig hat. [...] Für die Haltung der Deutschen im Reichskommissariat ist der Standpunkt massgebend, dass wir es mit einem Volk zu tun haben, das in jeder Hinsicht minderwertig ist. [...] Das Bildungsniveau der Ukrainer muss niedrig gehalten werden [...] Es muss ferner alles getan werden, um die Geburtenrate dieses Raumes zu zerschlagen. Der Führer hat besondere Massnahmen hierfür vorgesehen.»

Wir werden auf rechtsextremes Gedankengut und rechtsextreme Strömungen in der Ukraine, die in den Jahren zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg ihren Ursprung haben, an späterer Stelle zurückkommen.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion

Schlüsselereignisse 1989 - 1991

10.09.1989	Volksbewegung für Perestrojka, Streiks
01.01.1990	Ukrainisch wird Staatssprache
19.11.1990	RUS/UKR: Anerkennung der Grenzen und der Souveränität
März 1991	Referendum
24.08.1991	Unabhängigkeitserklärung, Verbot der KP
01.12.1991	Referendum (90%) Kravčuk wird erster Präsident, Gründung der GUS

Nachdem Michail Gorbacev im März 1985 zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewählt worden war, läutete er eine Politik der Transparenz (Glasnost) und des Umbaus (Perestroika, ukrainisch Perebudova) ein. Und während im Westen die Ukraine weiterhin unbestritten als Teil der Sowjetunion und die Ukrainer als Russen wahrgenommen wurden, gewannen Unabhängigkeitsbewegungen verschiedener Nationalitäten innerhalb der Sowjetunion an Kraft, zunächst vor allem im Baltikum und in Transkaukasien. Gorbacev gestand im Juli 1990: «Wir standen unvorbereitet da, als die akutesten Probleme, die sich unter der Kruste scheinbarer Eintracht angesammelt hatten, durchbrachen und hervorströmten.» Er versuchte an der Einheit der Sowjetunion festzuhalten, doch seine Politik hinkte hinter der dramatischen Entwicklung in der Peripherie hinterher, so dass er schliesslich scheiterte und im Dezember 1991 seinen Rücktritt bekannt gab.



Abb. 6: Der Reaktor von Tschernobil

Ein wichtiger Anstoss zu laut geäußelter Kritik gab in der Ukraine im April 1986 die *Katastrophe von Cernobyl*. Insbesondere die Verharmlosung des Unfalls und die Verschleppung von Gegenmassnahmen durch die sowjetischen Behörden in Kiew und Moskau mobilisierten erstmals breitere Kreise. Die Erweckung eines ökologischen Bewusstseins wurde zu einem wichtigen Element der politischen Opposition. 1990 erfolgte dann die Gründung einer «Partei der Grünen», welche auch die von der Industrie verursachten Umweltschäden in der Ost-Ukraine anprangerte.

Während die zentralen und regionalen Kader in den übrigen Teilrepubliken der Sowjetunion bis zu drei Vierteln erneuert wurden, behielten in der Ukraine die Mehrheit der alten Nomenklatura ihre Ämter. Insbesondere der konservative Parteichef Scerbyckyj blieb in Kiew und im Politbüro, wo er seit 1972 sass, an der Macht. Der Rücktritt erfolgte erst aus Alters- und Gesundheitsgründen im September 1989. Er wurde von Gorbacev noch in Ehren verabschiedet. Die oppositionellen Kräfte konnten sich in der Ukraine nur mit Mühe entfalten.

Soziales Unruhepotential entlud sich dann bei Massenstreiks der Bergleute im Sommer 1989 in den Kohlebergwerken des Donez-Beckens. Die Überraschung war gross, weil sich dort auch die stark russifizierten und von der Partei kontrollierten Bergleute effizient organisiert hatten. Glasnost und Perestroika hatten also unterschwellig auch in der Ukraine das Aufleben oppositioneller Kräfte gestärkt.

In Galizien kam es zu Manifestationen der ukrainischen Nationalbewegung. Sie kämpfte in der ersten Phase für die Wiedezulassung der mit Rom unierten Griechisch-Katholischen Kirche. Der Widerstand der Russisch-Orthodoxen Kirche war nicht erfolgreich. Ein Besuch Gorbacevs Ende 1989 im Vatikan hatte zur Folge, dass die Griechisch-Katholische Kirche in Galizien wieder zugelassen wurde. Deren Oberhaupt Kardinal Ljubacivskij kehrte aus dem Exil in Rom nach Lemberg zurück. Der Kampf für die Unierte Kirche gab der nationalen Bewegung in der Westukraine wichtige Impulse und war wesentlich dafür verantwortlich, dass sie in Galizien eine erheblich breitere Massenbasis fand als in der übrigen Ukraine. In der engen Verbindung von Konfession und Nation und in der Vorreiterrolle der Westukraine zeigten sich am Ende des 20. Jahrhunderts erstaunliche Parallelen zur Nationalbewegung nach dem Ersten Weltkrieg. Es kam zum Zusammenschluss verschiedener oppositioneller Gruppen in einer «Volksbewegung der Ukraine für die Perestroika» (ukrainisch Ruch).

Die «Ruch» verfolgte zunächst nur mässige, meist kulturpolitische Zielsetzungen. Sie stellte den sowjetischen Bundesstaat nicht infrage, sondern organisierte beispielsweise im Januar 1990 zum Gedenken an die Vereinigung der Westukrainischen mit der Ukrainischen Volksrepublik des Jahres 1919 eine Menschenkette von über 400'000 Personen zwischen Kiew und Lemberg/Lwiw. Sie brachte jedoch die blaugelbe Nationalfahne der Volksrepublik Ukraine und andere nationale Symbole vermehrt in die Öffentlichkeit. Sie orientierte ihr Programm an den Zielen von Demokratie und Menschenrechten westlicher Art. Sie gewann im März 1990 in den Wahlen zum Obersten Sowjet der Ukraine in der von Ruch geführten «oppositionellen Allianz» 117 von 450 Mandaten. Das war kein durchschlagender Erfolg. Ihre Wählerschaft kam aus der Westukraine und aus Kiew. Die Mehrheit der Abgeordneten im ukrainischen Parlament stammte aber weiterhin aus der alten kommunistischen Nomenklatura.

Nach der Aufhebung des Monopols der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) 1990 entstanden unter dem Schirm von Ruch politische Parteien. Das Spektrum der neu gegründeten Parteien reichte nun von Kommunisten über Grüne bis zu nationalistischen Gruppierungen, auch wenn sie noch relativ klein blieben und die Masse der Bevölkerung nicht erreichten. Trotzdem gewann die Ruch zunehmend an Bedeutung und wurde zu einer nationalen Unabhängigkeitsbewegung, welche die Politik in der Ukraine immer stärker beeinflusste. Ukrainisch wurde 1990 zur Staatssprache erklärt. Wesentlich war, dass auch Teile der alten Partielite zentrale Punkte des Ruch-Programmes übernahmen und nun ebenfalls Kurs auf eine Unabhängigkeit der Ukraine nahmen.

Am **16. Juli 1990** erklärte der Oberste Rat der Ukraine die **Souveränität der «Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik»**. Eine ähnliche Entwicklung erfolgte zeitgleich u.a. in den Baltischen Staaten, Transkaukasien, Moldau oder auch in Slowenien und Kroatien. Das bedeutete zwar noch nicht die Unabhängigkeit der Ukraine. Die Erklärung

betonte aber deren Neutralität und ihr Recht auf eigene Streitkräfte. Die Ukraine begann aussenpolitisch aktiv zu werden, schloss in der Folge eine Reihe von bilateralen Abkommen mit anderen Unionsrepubliken und gelangte auch zu einem wichtigen Vertrag vom 19. November 1990, in welchem sich die Russische- und die Ukrainische Republik gegenseitig ihre Grenzen und ihre Souveränität anerkannten. Damit war erstmals von russischer Seite die politische Existenz der Ukraine offiziell anerkannt worden. Zu beachten ist, dass in diesen ersten Jahren eine nationalistische Russlandphobie, die grosse Bevölkerungskreise mitgetragen hätten, kein Thema war. Diese zeigte sich aber bald.



Abb. 7: Die Ukraine nach der Unabhängigkeitserklärung 1991

Ein Studentenstreik erzwang den Rücktritt des kommunistischen Ministerpräsidenten. Ein weiterer Schritt war die Erklärung des Vorranges der Republik-Gesetze gegenüber denjenigen der Union. In einem Referendum vom März 1991 sprachen sich 70% der ukrainischen Stimmbürger für die Erhaltung der Sowjetunion aus, aber 80% bejahten gleichzeitig die nur der Ukraine gestellten Frage, dass die Ukraine Bestandteil einer Union souveräner Staaten auf den Prinzipien der Souveränitätserklärung sein solle. Damit war im Kern bereits die Ende 1991 entstehende «Gemeinschaft unabhängiger Staaten» (GUS) anvisiert.²

² Wichtig ist die Belowescher-Vereinbarung vom 8.12.1991 durch Boris Jelzin (Russland), Leonid Kravtschuk (Ukraine) und Stanislaw Schuschkewitsch (Belarus). Das war das Gründungsdokument der GUS. Damit war die Sowjetunion zu Grabe getragen. Diese Gemeinschaft war als Verbindung unabhängiger Staaten gedacht ohne gemeinschaftliche staatliche Bindung. Es ist denkbar, dass mit einem anderen Ansatz der totale Zerfall hätte

Nach dem gescheiterten, gegen Gorbacev gerichteten Moskauer-Putsch vom August 1991 erfolgte – wie in zahlreichen anderen Sowjetrepubliken – auch in der Ukraine die Unabhängigkeitserklärung vom 24. August 1991. In der Abstimmung vom 1. Dezember 1991 wurde der Unabhängigkeitskurs des Parlamentes von 90% der Bevölkerung bestätigt, also nicht nur der Ukrainer ukrainischer Muttersprache, welche lediglich 73% der Gesamtbevölkerung ausmachten. Im galizischen Gebiet waren es 98,7% Ja-Stimmen, im ostukrainischen Gebiet Charkiv 75,8% und auf der Krim bei geringer Wahlbeteiligung lediglich 54,2%.

Bei der Wahl des ersten freien Präsidenten der Ukraine standen sich der Parlamentspräsident Leonid Kravcuk) und Vjaceslav Cornovil, der seit den 1960-er Jahren in der Opposition aktiv gewesen und dafür viele Jahre in sowjetischen Straflagern und Gefängnissen) gegenüber: Gewählt wurde mit 61% Stimmen Leonid Kravcuk, Cornovil erhielt 23%, die meisten davon in der Westukraine.

Aufbruch in eine neue Zeit

Schlüsselergebnisse 1991 - 2022

1991	Zerfall der Sowjetunion, Unabhängigkeit der Ukraine
1999-2020	NATO-Osterweiterung
2013/2014	Euromaidan, Janukowjtsch tritt zurück, Poroschenko unterschreibt EU-Abkommen
2014	Annexion der Krim durch Russland (mit Referendum)
Seit 2014	Krieg im Donbass (Ukraine gegen prorussische Separatisten / Russland)
Frühjahr 2021	Russland zieht an der ukrainischen Grenze 100'000 Soldaten zusammen; drei Wochen später erfolgt deren Abzug nach Protesten des Westens.
November 2021	Erneute Stationierung russischer Truppen an der ukrainischen Grenze; Ukraine und NATO befürchten russische Invasion: Moskau dementiert und wirft dem Westen vor zu provozieren.
Dezember 2021	Russland fordert von der NATO Verzicht auf weitere Osterweiterung (Ukraine); NATO weigert sich.
Januar 2022	Diplomatische Bemühungen / Gespräche zur friedlichen Lösung ohne Erfolg
Januar 2022	NATO verstärkt Militärpräsenz in Osteuropa und versetzt Truppen in erhöhte Bereitschaft; Moskau führt militärische Übungen nahe der ukrainischen Grenze durch.
24.02.2022	Beginn der russischen Offensive auf ukrainischem Territorium

vermieden werden können. Ob alle früheren Teilstaaten mitgemacht hätten, ist fraglich. Insbesondere die Baltischen Staaten wären wahrscheinlich ausgeschert.

Die Ukrainer erreichten die Unabhängigkeit also rasch und ohne grössere Konflikte und Rückschläge. Im Gegensatz zu den Litauern, Esten oder Georgiern fiel ihnen der neue Staat kampflos in den Schooss. Für die Staatsbildung fehlte ihnen deshalb aber die integrative Wirkung des gemeinsamen Befreiungskampfes. Die alte kommunistische Nomenklatura zog sich einfach ein demokratisches Mäntelchen an.

Zudem war mit der Unabhängigkeit das wichtigste Ziel, auf das die Opposition hingearbeitet hatte, überraschend schnell verwirklicht, und die wichtigsten Probleme schienen automatisch gelöst zu sein. Diese Annahme erwies sich jedoch wie in anderen Fällen der Entstehung von Nationalstaaten als Trugschluss. Viele vom Hauptziel der Unabhängigkeit verdrängte Probleme traten jetzt mit besonderer Schärfe hervor.

Die jetzt unabhängige Ukraine stand vor der herkulischen Aufgabe, die Transformation des kommunistischen Staates zu einer neuen Ordnung nach dem Vorbild des Westens zu vollziehen – vergleichbar mit dem legendären Ausmisten des Stalls des Augias. An die Stelle der sieben Jahrzehnte herrschenden autoritären Parteidiktatur sollten parlamentarische Demokratie und Rechtsstaat treten. Die zentral gerichtete Planwirtschaft sollte durch marktwirtschaftliche Prinzipien abgelöst werden. Dabei standen die politische und ökonomische Transformation in enger Wechselwirkung. Das musste mit einer weitgehend in kommunistischen Denkstrukturen verhafteten, oft korrupten und eigennützigem alten Nomenklatura realisiert werden. Gerade in der rohstoffreichen Ukraine blühte die Korruption auf und ist bis heute übermächtig. Unter den ersten zwei Präsidenten (Kravtschuk und Kutschma) hatte sich ein System etabliert, das geprägt war von Machtmissbrauch, Korruption, Clanwirtschaft und organisierter Kriminalität.

Der junge Staat stand weiter vor der Aufgabe, die Grenzen seines Territoriums zu sichern und die einzelnen Regionen mit einer je anderen Geschichte und mit ihrer polyethnischen Bevölkerung zu einem Staatsvolk, zu einer politischen Nation, zu integrieren. Das hat bis heute nicht funktioniert.

Die Rolle zwischen politischer und gesellschaftlicher Orientierung nach Westen und einer intensiven wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtung nach Osten hat die Ukraine nicht gefunden. Der Spagat drohte das Land zu zerreißen. Das manifestierte sich in der sog. «Orangen Revolution» von 2004 und dann wieder bei den Protesten auf dem Maidanplatz 2013/14.

Sprachprobleme

Neben all den inneren Machtkämpfen erwiesen sich die **Regelung der Sprachenfrage** und der **Umgang mit Minderheiten** als eine zu grosse Herausforderung. Es ist der deutschschweizerischen Mehrheit nie eingefallen, den Welschen in der Romandie, den Rätoromanen oder den Tessinern ihre Sprache zu verbieten. Ebenso ist es der reformierten Liberalen nach dem Sonderbundskrieg 1847 nie eingefallen, der Innerschweiz den

konservativen Katholizismus auszutreiben. Die Schweiz hat einen föderalistisch-kooperativen Ansatz gewählt und keinen zentralistischen. Demokratie nach eidgenössischem Verständnis ist nicht die Herrschaft der 50,1% über die 49,9%, sondern die Kunst der Mehrheit, die Interessen der Minderheit angemessen zu berücksichtigen. Ganz anders in der Ukraine. Das noch nicht demokratische Denken der neuen Führungsschicht zeigt sich hier besonders deutlich. Es wird offensichtlich, um nur ein Beispiel zu nennen, im Unterdrücken der russischsprachigen Bevölkerung.

Als erster Schritt – wie bereits erwähnt – wurde ihre Sprache nicht als gleichwertig anerkannt. Noch schwerwiegender, und im Rückblick ein verhängnisvoller Schritt, war ein Gesetz von anfangs Juli 2021, dass Menschen je nach Abstammung in der Ukraine andere Rechte haben sollten. Nur die «richtigen» Ukrainer sollten im Besitz aller Rechte sein. Das erinnert an die Nürnberger Rassengesetze von 1935. Putins berühmter historischer Exkurs vom Juli 2021, in der er betonte, dass Russen, Weissrussen und Ukrainer ein Volk seien, war eine Antwort auf dieses verhängnisvolle Gesetz.



Abb. 8: Rechtsextreme Kampfgruppen prägen das russische Bild der Ukraine.

Die oben genannten ukrainischen faschistischen Nationalisten spielen in diesem unseligen Prozess, der mit dem **Maidan- Putsch** im Jahr 2014 begonnen hat und seither bei der Durchsetzung ukrainischer Interessen gegen alles Russische eine bestimmende Rolle. Zwar weist die Mehrheit der Beurteilungen darauf hin, dass Rechtsextreme in der Ukraine politisch bedeutungslos seien. Andererseits gilt beispielsweise das «Regiment Asow» und ihre Gesinnungsgenossen als tragendes Element der paramilitärischen Freiwilligenformationen. Sie sind in die Nationalgarde integriert, somit dem Innenministerium und nicht der Armee unterstellt. Sie kämpfen seit 2014 gegen prorussische Separatisten im Osten

des Landes, aktuell in Mariupol, und waren auch in der Maidan-Revolution im Verborgenen in brutalster Weise aktiv. Die Verwendung entsprechender Symbole (u.a. eine blaue oder schwarze Wolfsangel auf gelbem Grund) weist auf ihre Ideologie hin.

Eines ihrer Zentren ist bei Mariupol, wo sie seit Beginn der Kämpfe 2014 gegen russischfreundliche Menschen gewaltsam vorgehen und Freiwilligenschulung betreiben. Die Hassreden auf sozialen Medien sind eines ihrer Kampfmittel. Von einem Augenzeugen weiss ich, dass sie beispielsweise in Mariupol eine Polizeistation mit zu wenig patriotischen Beamten angezündet haben. Wer sich ins Freie retten wollte, wurde erschossen. Es ist nicht verwunderlich, dass die SS-Division «Das Reich» ihr Vorbild ist, von der solche Schandtaten bekannt sind und die auch die Wolfsangel auf ihrer Fahne hatten.

Die Parallele zu den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg ist nicht von der Hand zu weisen. Selenskyj hat die ganze Welt aufgerufen, in der Ukraine der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen und die Reihen der Kämpfer zu verstärken. Es ist fraglich, ob sich die Aufgerufenen in aller Welt bewusst sind, dass sie sich in das Umfeld von Einheiten mit einer faschistischen Ideologie begeben, so wie 1936–1938 auch nicht nur Kommunisten nach Spanien gezogen sind. Ihre relative politische Bedeutungslosigkeit, wie die Verharmloser meinen, ist an der Front irrelevant und auch sonst schönfärberisch.

Es ist für mich unverständlich, dass die beiden westlichen Garantiemächte von Minsk II und die USA in ihren Ländern den Rechtsextremismus verfolgen und in der Ukraine ihm mindestens freien Lauf gelassen, wenn nicht gar aktiv unterstützt und mit Waffen beliefert haben. Es ist zwar eine gebräuchliche Taktik der USA, als terroristisch bezeichnete Organisationen (UČK im Kosovo, Taliban in Afghanistan) für ihre Interessen einzusetzen. Es wäre jedoch bestimmt falsch, den Widerstand des ukrainischen Volkes ausschliesslich diesen Extremisten zuzuschreiben. Zu stark haben sich seit 1990 ein gesundes Wir-Gefühl und eine Sehnsucht nach Eigenständigkeit entwickelt, die höchste Anerkennung verdienen. Aber ebenso falsch wäre es, die Augen vor diesem nazistischen Anteil des Widerstandes zu verschliessen, der keine Sympathie verdient.

Dies ist die Gemengelage, auf die sich andere Mächte, die in der Ukraine Einfluss nehmen möchten, einstellen müssen.

Die Ukraine – ein strategisch wichtiges Gebiet

1989: NATO vs. Warschauer Pakt
Blockkonfrontation in Europa



NATO in den 90ern:
Die erste Osterweiterung



NATO 2000 bis 2010:
Osterweiterung Teil 2



NATO ab 2017: Osterweiterung Teil 3
Montenegro und Nordmazedonien treten dem Bündnis bei



ThePioneer Quelle: NATO, The Economist powered by statista

Abb. 9: Die Entwicklung der NATO zwischen 1989 und 2017

Ein Blick auf die geographische und auf die wirtschaftliche Weltkarte genügt, um die strategische Wichtigkeit des Landes zu erkennen. Exemplarisch sei der US-Historiker und Präsidentenberater Zbigniew Brezinski in seinem Buch «Die einzige Weltmacht (1997)» zitiert. Die Ukraine sei ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, *«weil ihre blosse Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine [...] wiedergewinnen sollte, erlangte Russland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden. Verlöre die Ukraine ihre Unabhängigkeit, so hätte das unmittelbare Folgen für Mitteleuropa und würde Polen zu einem geopolitischen Angelpunkt an der Ostgrenze eines vereinten Europas werden lassen.»*

Die strategischen Interessen der Beteiligten

Es wird immer wieder vermutet, Wladimir Putin habe einen Phantom-Schmerz. Er spüre den schmerzlichen Verlust der einstigen Grösse der Sowjetunion, spüre immer noch den Schmerz in den amputierten Gliedern. Sein strategisches Ziel sei es deshalb, die von Brezinski vorgezeichnete Stellung in Europa wieder zu erreichen. Es ist nicht wahrscheinlich, dass sich die russische Regierung nach US-Präsidentenberater orientiert, aber man kommt auch auf anderen Wegen zu vergleichbaren Schlüssen. Nicht ausser Acht zu lassen ist der Panslawismus. Die Allslawische Bewegung hat ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert und hat zum Ziel, die kulturelle, religiöse und politische Einheit aller slawischen Völker in Europa zu pflegen und zu fördern.

Denkbar ist auch, dass Putin durch die gewonnene Machtfülle sich selber und den russischen Bürgern wieder ein gesteigertes Selbstwertgefühl geben will. Ich erinnere an meine oft erwähnte Dreierheit der natürlichen menschlichen Antriebsfedern und somit auch der Völker: der Trieb nach Macht, Besitz und Ehre. Analog zu 1. Korinther 13,13: Diese drei, doch der wichtigste ist die Ehre.³ Aus diesem Grund beanspruche Putin eine Vorherrschaft in der Mittelzone Ost, mindestens als strategisches Vorgelände im Sinne eines «cordon sanitaire».

Ein internationales Abkommen muss in diesem Kontext erwähnt werden. Nach dem Zerfall der UdSSR 1991 erbte die Ukraine 176 strategische und mehr als 2'500 taktische Atomraketen. Allerdings waren alle Kontrollsysteme in Russland. Die Waffensysteme wurden bis 1996 nach Russland abtransportiert oder zerstört. Als Kompensation für diesen Verzicht erhielt Kiew finanzielle Hilfe aus den USA, günstige Gaslieferungen aus Russland und Sicherheitsgarantien, die im Budapester Memorandum vom 5. Dezember 1994 festgehalten wurden. Darin verpflichteten sich die USA, Russland und Grossbritannien, die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit der Ukraine weder durch Gewalt noch

³ Vgl, Richard Ned Lebow: Wieso wir Kriege führen, in NZZ 19.2.2022, S. 42–45.

durch deren Androhung zu verletzen, keinen wirtschaftlichen Zwang auszuüben, auf jegliche militärische Besetzung zu verzichten und eine solche keinesfalls anzuerkennen.

Damit war eigentlich alles geregelt und jede Änderung ein Bruch dieser zwar rechtlich unverbindlichen Absichtserklärung. Es müssen trotz der rechtlichen Unverbindlichkeit jedoch schwerwiegende Verfehlungen durch einen oder mehrere Verhandlungspartner angeführt werden können, um Elemente herauszubrechen. Diesem Aspekt gilt es in der Folge nachzuspüren.

An der **Münchener Sicherheitskonferenz von 2007** beanstandete Putin die Ost-Erweiterung der NATO. In seiner Rede kritisierte er die Pläne der NATO, in Polen und Tschechien ein Raketenabwehrsystem aufzubauen. Er beurteilte diese Pläne als eine Bedrohung für den Frieden und im weitesten Sinne als Bruch des Budapester Memorandums. Logischerweise kritisierte er die amerikanische Sicherheitspolitik in Bezug auf Mitteleuropa als imperialistisch und sehr gefährlich. Sowohl NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer als auch der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates reagierten verständnislos auf Putins Kritik. Gates soll ihn sogar ausgelacht und Putins Argumente als dummes Gerede eines alten Spions diffamiert haben. Putins Drohung, er besitze die Mittel, diese Gefährdung auszuschalten, wurde nicht ernst genommen und die Einmischung in innere Angelegenheiten eines Staates kategorisch zurückgewiesen.

In der Regel geht eine solche öffentliche Demütigung an einem machtbewussten Menschen nicht spurlos vorbei. Das war auch nach 14 Jahren nicht vergessen (vgl. Putins Rede am 21. Dezember 2021 im russischen Verteidigungsministerium). In Putins Wahrnehmung, so in seiner Rede, sei «die Aufstockung der Streitkräfte der USA und der NATO direkt an den Grenzen Russlands» eine immerwährende besorgniserregende Bedrohung. Er brauche deshalb langfristige und rechtsverbindliche Garantien, dass dies in der Ukraine nicht auch noch geschehe. Er sei sich aber bewusst, dass man sich selbst darauf nicht verlassen könne. Die USA zögen sich «mit Leichtigkeit aus internationalen Abkommen zurück, die sie aus dem einen oder anderen Grund nicht mehr interessieren» (zB. ABM-Vertrag).

Er fuhr in seiner Rede weiter: In den frühen 1990-er Jahren habe man hoffnungsvoll kooperiert. «Was jetzt geschieht, die Spannungen, die sich in Europa aufbauen, sind ihre Schuld. Bei jedem Schritt war Russland gezwungen, in irgendeiner Weise zu reagieren; bei jedem Schritt verschlechterte sich die Situation immer weiter. Und nun befinden wir uns heute in einer Situation, in der wir gezwungen sind, eine Entscheidung zu treffen.» Putin drohte, er werde «technische Massnahmen ergreifen und auf unfreundliche Schritte mit einer harten Antwort reagieren, wenn unsere westlichen Kollegen ihre eindeutig aggressive Linie fortsetzen. Ich möchte betonen, dass wir jedes Recht haben, das zu tun. Wir haben jedes Recht zu handeln, um die Sicherheit und Souveränität Russlands zu gewährleisten. Sie agieren Tausende von Kilometern von ihrem Staatsgebiet entfernt, unter

verschiedenen Vorwänden, auch um ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten. Und wenn ihnen das Völkerrecht und die UN-Charta in die Quere kommen, erklären sie alles für veraltet und überflüssig, aber wenn etwas ihren Interessen entspricht, berufen sie sich sofort auf die Normen des Völkerrechts, der UN-Charta, des Humanitären Völkerrechts und so weiter. Diese Manipulationen haben wir satt.»

Das führte zu Russlands «Vertragsvorschlag für Sicherheitsgarantien» von Mitte Dezember 2021, wiederum eine mit dem «Budapester Memorandum» vergleichbare Vertrauensbasis. Der Vorschlag enthielt im Kern folgende Elemente:

- Keine NATO-Militärmanöver nahe der russischen Grenze. Im Gegenzug keine russischen Manöver nahe der Grenze zu NATO-Staaten.
- Keine Stationierung von atomwaffenfähigen Mittelstreckenraketen und Abschussrampen in Europa, also auch nicht im europäischen Teil Russlands.
- Keine Stationierung von Atomwaffen ausserhalb des eigenen Landes (Einhaltung des Atomsperrvertrags).
- Keine Flüge von Kampffjets und keine Manöver von Kriegsschiffen nahe der Grenze, dass ein Angriff möglich wäre.
- Keine Kriegsschiffe so dicht an der Grenze des andern, dass sie ihn mit Raketen angreifen könnten.
- Rückkehr zur NATO-Russland-Grundakte, die eine dauerhafte Stationierung von NATO-Truppen in Osteuropa verbietet.

Dies waren m.E. keine verbalen Ergüsse eines «alten Spions». Sie hätten im Westen einmal mehr Anlass sein können, die eigene Strategie und das eigene Verhalten zu überdenken. Andererseits waren die gestellten Bedingungen ohne Selbstaufgabe für die NATO-Verantwortlichen unannehmbar, zumal die russische Armee in diesen Wochen grosse Manöver im Grenzraum vorbereitete und sich selber nicht an ihre Vorgaben hielt. Was aber in der Rückschau bleibt: Man hat die Chance verpasst und fühlte sich allein im Recht, im Recht des Siegers im Kalten Krieg. Man war insbesondere in Washington hochmütig und dialogunwillig und wurde dadurch zum mindestens fahrlässigen Brandstifter.

Ich vermute, dass es starke Kräfte in den USA gab und immer noch gibt, welche den vermeintlichen Sieg im Kalten Krieg dazu ausnützen wollen, um ihre Interessenszone nach Mitteleuropa auszudehnen, wie es bereits im Kosovo geschehen ist. Nicht auszuschliessen ist das strategische Bestreben, Russland bewusst klein und machtlos zu halten und deren frühere Hegemonierolle im ganzen Raum zu übernehmen.

Die ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR ergriffen gerne die Gelegenheit, um sich nach ihren schlechten Erfahrungen mit dem Sowjetregime unter dem NATO-Sicherheitsschirm zu schützen.

Die russische Regierung hat zuerst den fünf NATO-Osterweiterungsschritten aus Schwäche nur mündliche Proteste entgegengesetzt (u.a. «Wortbruch» von 1990), aber 2008 in Sachen Georgien und Ukraine klar eine rote Linie gezogen. Washington war nicht willens, diese Forderung ernst zu nehmen.

Festzuhalten ist, dass Putin im Dezember 2021 als strategisches Ziel zur Verbesserung seiner Sicherheit den Verzicht der NATO, die Ukraine in den Pakt aufzunehmen, verlangt hat.

Die EU erwies sich in diesem Machtpoker weitgehend als willfähiges Instrument US-amerikanischer Interessen. Ihre Chefs reisten zwar nach Moskau und nach Minsk und führten lange Telefongespräche, vorerst ohne sichtbaren Ertrag. Auf Druck der USA wurde die deutsche Regierung gezwungen, North-Stream II aufs Eis zu legen, was Bundeskanzler Olav Scholz offensichtlich anfänglich nicht wollte. Ob sich dahinter ein perfider US-Plan verbirgt, ist reine Spekulation. Er könnte etwa so gelautet haben: Man lässt die Ukraine Russland provozieren; wenn Putin darauf reagiert, wird der Westen vereint zu Sanktionen greifen und Deutschland wird einknicken und das unerwünschte Projekt beerdigen. Anscheinend ist eine Partnerschaft Russland-Deutschland nicht in amerikanischem Interesse.

Eine entscheidende Bedeutung für die weitere Eskalation hatten die Besuche von Bundeskanzler Scholz in Kiew und Moskau. Es darf angenommen werden, dass Selenskyj ihm bei dieser Gelegenheit noch einmal klar gemacht hat, dass für ihn ein Sonderstatus für die beiden abtrünnigen Oblaste nicht in Frage komme, eine Erfüllung von Minsk II nicht seinen strategischen Interessen entspreche. Das dürfte Scholz am 15. Februar in Moskau Putin weitergeleitet haben. Damit war die kooperative Verhandlungsstrategie aus der Sicht der russischen Führung obsolet geworden und Putin entschloss sich zur Intervention.

Die Handlungen der ukrainischen Streitkräfte nach dem 14. Februar lassen diese Vermutung als richtig erscheinen.

Die strategischen Absichten der Ukraine lassen sie sich am ehesten an den Ereignissen ablesen:

2013/2014

Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU, das weitgehend ein Freihandelsabkommen war, sollte am Treffen in Vilnius am 28./29.11.2013 unterschrieben werden. Die Ukraine hatte die wichtigsten Bedingungen erfüllt, nur die Freilassung von Julija Tymoschenko wurde nicht bewilligt. Diese bat die EU, wegen ihr das Abkommen nicht platzen zu lassen. Russland war nicht grundsätzlich gegen das Abkommen, aber Wladimir

Putin erwartete wirtschaftliche Gleichberechtigung. Deshalb betonte er die religiösen, historischen und wirtschaftlichen Bande.

Im Juli 2013 hatten sich Putin, Janukovyč und Patriarch Kirill an den Feiern zum 1025. Jahrestag der Kiewer Rus getroffen. Im September am Valdai-Forum betonte Putin erneut die Zugehörigkeit der Ukraine zur russischen Welt.

*«Wir wollen nie vergessen, dass der heutige russische Staat seine Wurzeln am Dnjepr hat. Wir haben, wie wir zu sagen pflegen, im Dnjepr unser gemeinsames Taufbecken. Wir haben gemeinsame Traditionen, eine gemeinsame Mentalität, eine gemeinsame Geschichte und Kultur. Wir haben sehr ähnliche Sprachen. In jeder Hinsicht, ich wiederhole es, sind wir ein Volk. Natürlich haben das ukrainische Volk, die ukrainische Kultur und die ukrainische Sprache wundervolle Eigenschaften, die die Identität der ukrainischen Nation ausmachen. Und wir respektieren sie nicht nur, sondern, was mich betrifft, ich liebe sie. Die Ukraine ist ein Teil unserer grossen russischen oder russisch-ukrainischen Welt. Doch die Geschichte hat es mit sich gebracht, dass ihr Territorium heute ein unabhängiger Staat ist, und **wir respektieren das** (Heraushebung durch den Vf.).»*

Entweder war das gelogen oder es muss seither Entscheidendes geschehen sein.

Zu welcher Einflusszone die Ukraine gehören sollte, endete schliesslich damit, dass Janukovyč auf die Unterschrift verzichtete, einerseits da die EU ein Entweder-Oder gefordert und andererseits da Putin ein Angebot betreffend Gaspreis und finanzielle Hilfe gemacht hatte, bei dem die EU nicht mithalten konnte. Janukovyč forderte Bedenkzeit. Die Europafreunde gewährten die ihm nicht. Die Kundgebungen auf dem Maidan waren das Ergebnis. Die westliche Presse goss kräftig Öl ins schwelende Feuer und behauptete, Russland übe Druck auf die Ukraine aus, um den Vertrag zu verhindern. Das war falsch, aber wirksam. Wenn einmal die Ereignisse auf dem Maidan aufgearbeitet werden, wird wahrscheinlich die Rolle der Rechtsextremen und des Westens zum Vorschein kommen.

Dann folgten – obwohl weder Politik noch Krieg ein Schachspiel sind – Zug um Zug, wobei der Westen jeweils den ersten Zug machte und Russland immer nachzog, sei es auf der Krim und im Donbas/s. Auslöser waren die betont nationalistischen Forderungen des Maidans bzw. der daraus resultierenden Regierung und die Pressionen gegen den angeblich unterschrittsunwilligen Präsidenten bis zu dessen erzwungener Flucht. Die neuen Wortführer, die nur mit 73% statt den verfassungsmässigen 75% an die Macht gekommen waren, zeigten wenig bis kein Verständnis für eine weitgehende Autonomie der Krim oder des Donbas/s.

Die Entwicklung auf der Krim

Es wird meist vergessen, dass sich die Krim zeitlich vor der Ukraine unabhängig erklärt hat (Januar bzw. August 1991) und sich damals nicht als Teil der Ukraine verstand. Die

Sowjetunion war im Januar 1991 noch nicht aufgelöst, aber in Implosion. Die Bevölkerung der Krim gab sich eine Verfassung und wählte eigene Behörden. Kiew akzeptierte beides nicht, und es wurde vier Jahre gefeilscht. 1995, gestützt auf das Budapester Memorandum, wurde die Autonomie der Krim durch ukrainische Spezialtruppen gewaltsam beseitigt. Das erklärt, warum man auf der Krim 2014 nach dem in ihren Augen illegalen Putsch in Kiew ein erneutes Referendum abhielt, das gleich herauskam wie vor 23 Jahren. Darauf wurde Moskau angefragt, ob man in die Russische Föderation eintreten könne. Es war nicht Russland, das die Krim erobert hat, sondern die Bevölkerung hat die Behörden ermächtigt, Russland um Aufnahme zu bitten. Das war wiederum eine Missachtung des Budapester Memorandums. Am 23. Februar 2014 erklärte Präsident Putin am Morgen nach russischen Angaben, dass man Vorbereitungen zur «Rückholung der Krim nach Russland» treffen müsse, «um den Bewohnern die Möglichkeit zu geben, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden». Dahinter verbirgt sich die strategische Bedeutung des Hafens von Sebastopol. Bei der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine wurde er als russisch erklärt. Russland erhielt das Recht, zum Schutz der Militäranlagen 25'000 Mann zu stationieren (zwei Divisionen). Nach der Kriegserklärung der Ukraine gegen die Krim 2014 wurden diese Truppen auf den vertraglichen Sollbestand ergänzt. Der Anschluss folgte einer verdeckten Intervention der legal anwesenden Streitkräfte der Russischen Föderation der Garnison Sebastopol («grüne Männchen») und erfolgte am 18. März 2014.

Die USA und die EU verhängten daraufhin gezielte Sanktionen gegen Personen oder Organisationen, die für die Annexion Verantwortung trugen. Das russische Volk wollte man nicht pauschal treffen. Russland wurde zudem aus Foren wie der G-8 ausgeschlossen, die Zusammenarbeit wurde stark reduziert, Putin faktisch geächtet. Viele glaubten damals, diese Sanktionen seien ausserordentlich scharf und würden Moskau zum Einlenken zwingen. Das war nicht der Fall. Russland hat sich damit weitgehend arrangiert. Die Annexion war im Volk beliebt. Auf dem Hintergrund der aktuellen Massnahmen waren die Sanktionen von 2014 moderat und haben nicht wie 2022 die russische Bevölkerung gesamthaft in Sippenhaft genommen.

Die Annexion der Krim wurde als Bruch völkerrechtlicher Verträge wie dem Budapester Memorandum von 1994 über die Achtung der bestehenden Grenzen der Ukraine sowie weiterer Grundsätze der KSZE-Schlussakte von 1975 in Helsinki, der Charta von Paris 1990, der NATO-Russland-Grundakte von 1997 sowie des 2008 verlängerten Freundschaftsvertrags der Ukraine mit Russland, der wiederum die territoriale Integrität garantierte durch die westliche Welt scharf verurteilt. Einiges muss jedoch, wie oben kurz beschrieben, relativiert werden. Aber das ist dann weitgehend eine Sache der Völkerrechtler. Damit begann eine bis heute achtjährige internationale Krise und Verunsicherung.

Der Donbas/s

Wie auf der Krim protestierten im Donbas/s vergleichbare kiew-kritische Gruppen. Es begann sich ein Aufstand zu formieren. Die ukrainische Regierung unternahm in der Folge alles, um diese Abtrünnigen zu unterwerfen. Bereits im Frühsommer 2014 soll der US-Botschafter Geoffrey Pyatt dem Übergangspräsidenten Oleksandr Turtschynow versprochen haben, die USA würden der Ukraine helfen, den Aufstand niederzuwerfen (Counterinsurgency-Doktrin) und ein Eingreifen Russlands verhindern.

Die Ukraine hatte ein vielschichtiges Bestandesproblem in der Armee (fehlende Wertschätzung, hohe Selbstmordrate bereits in der UNPROFOR in den 1990-er Jahren festgestellt, Alkohol). Deshalb sprangen rechtsextreme Freischärler in die Lücke und radikalisierten in der Folge die Auseinandersetzungen. Darauf reagierte Russland, indem es die Opposition bewaffnete, und die Ukraine verlor in der Folge Teile der Oblaste Donezk und Lugansk. Es gelang jedoch den Aufständischen nicht, die ganzen Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen, insbesondere Mariupol widersetzte sich und erhielt in Kiew Heldenstatus. Es entstand eine relativ stabile Konfrontationslinie mit Feldebefestigungen.

Der Donbas/s wurde praktisch ununterbrochen von der ukrainischen Armee und von Freiwilligenverbänden mit Artillerie und Raketen beschossen sowie Aggressionen aller Art begangen. Die Opferzahlen übersteigen die 10'000. Dabei sind massive Schäden an zivilen Einrichtungen, wie Wohnhäuser, Schulen, Spitäler etc. verursacht worden. Keine Demonstration wurde deswegen in westlichen Ländern organisiert. «Tod der Moskauer Horde!» soll der Kommandant der Freiwilligenmilizen Dmytro Janosch allen nicht «Patrioten» geschworen haben. Die systematische Reinigung ukrainischer Städte und Dörfer von Kollaborateuren und Abschaum stehe bevor. Das waren keine leeren Worte eines Verrückten.

In der Wahrnehmung Kiews waren es jedoch ausschliesslich die russlandfreundlichen Rebellen, die diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen und alle behaupteten Gräueltaten der ukrainischen Milizen seien russische Propaganda. Zudem habe man das Recht, eine Sezession zu verhindern und die Integrität des Territoriums zu schützen, wie es im Budapester Memorandum vom 5. Dezember 1994 auch von der russischen Regierung anerkannt worden sei. Die Weltpresse sekundierte zustimmend.

In Weltmächte versuchten in zwei Vereinbarungen (5.9.2014 MINSK I und 12.2.2015 MINSK II) diesen blutigen Bürgerkrieg zu beenden. In Minsk II waren die OSZE, Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine die Signatarmächte. Es wurde ein Waffenstillstand, der Rückzug der schweren Waffen von der Kontaktlinie, die weitgehende Autonomie für den Donbas/s, Grenzkontrollen Ostukraine/Russland, freie Wahlen in den Separatistengebieten, Rückzug fremder Truppen und «Kämpfer», Amnestie für Straftaten, Gefangenenaustausch etc. vereinbart. Die Beschiessungen hörten jedoch nicht auf, da die ukrainische Regierung den Vertrag nicht einzuhalten gedachte. Die OSZE-Beobachter konnten nur Detonationen zählen und in Tagesprotokollen festhalten.

Nicht immer war klar, wer in den Feuerduellen den «ersten Schuss» abgegeben hatte. Die Verantwortung des Bruchs des Waffenstillstands ist wohl gleichmässig auf die beiden Konfliktparteien verteilt. Die Schuld für die Beschiessung von zivilen Objekten mit Artillerie liegt jedoch vorwiegend bei der ukrainischen Armee. Erst die genaue Analyse der Akten der Beobachter der OSZE wird hier Klarheit schaffen. Aus verlässlicher Quelle weiss ich, dass die Schweizer Delegation bei der Ständigen Kommission der OSZE schwere Verletzungen des Vertrags durch die Ukrainer mehrmals gut dokumentiert angeklagt hat. Die westlichen Vertragsunterzeichner von MINSK II haben sich nicht dazu bewegen lassen, die Ukrainer zu stoppen.

Der Westen hat tatenlos zugeschaut und als es noch Zeit war, nichts getan, um den Waffenstillstand bzw. die Vereinbarung von Minsk durchzusetzen. Im Gegenteil, Petro Poroschenko und sein Nachfolger Wolodymyr Selenskyj konnten sich die Angriffe leisten, weil sie annehmen durften, der Westen würde bei einer russischen Reaktion zu ihren Gunsten eingreifen. Ohne Zweifel wusste Selenskyj ab 2019, dass seine Ablehnung für einen Sonderstatus der beiden abtrünnigen Provinzen gemäss Minsk II zu einer Verschärfung der Lage führen würde. Er hat also mit seiner Strategie riskant und sehr hoch gepokert.

Das Thema Rechtsextremismus kann hier mit einer Wertung abgeschlossen werden. Es ist für mich unverständlich, dass westliche Staaten nationalen Rechtsradikalismus verurteilen und ihm im Donbas/s freien Auslauf gewährten und immer noch gewähren. Aktuelles Beispiel sind die Formen der Stadtguerilla in Mariupol. Die modern ausgerüsteten Kämpfer sitzen in Wohnblocks oder in verlassene Spitäler, nehmen Menschen als lebende Schutzschilder etc. und die russische Armee wird, wenn sie das Feuer eröffnet vor der ganzen Welt als Verbrecher angeprangert. Q.e.d.

Der Weg in den Krieg: 16. – 23. Februar 2022

Seit dem Oktober 2021 war es bis Anfangs Februar 2022 im Donbas/s so ruhig wie schon lange nicht mehr. Ab 15. und 16. Februar kam es zu grossräumigen Funkstörungen, was in der Vergangenheit immer auf Truppenverstärkungen oder Ablösungen hinwies. Den Zusammenhang mit dem Besuch von Bundeskanzler Scholz in Minsk bzw. Moskau habe ich bereits erwähnt. Am 17. Februar besuchte Selenskyj medienwirksam Mariupol. Gleichentags ereignete sich ein «Beschuss» eines Kindergartens in Stanytsia Luhanska. Die Sensoren der OSZE registrierten keine Explosionen im Raum des Kindergartens.

Die ukrainische Artillerie eröffnete am 18. Februar erstmals wieder das Feuer. Die Feuerdichte und die gewählten Ziele zeigten, dass nicht ein ukrainischer Artillerist am Geschütz nervös geworden war oder die Verbände in Vergeltung ein Gegenfeuer schossen, sondern dass etwas Grosses drohte und dies die Vorbereitung war. Die Kombination Waffenlieferungen des Westens und Artilleriefeuer ergab in den beiden Provinzen ein bedrohliches Gesamtbild. Gemäss Putins Einschätzung war jetzt der Moment gekommen, die

Bewohner der Volksrepubliken zu schützen, um ein Genozid wie 1995 in Srebrenica zu verhindern. Die Behörden der beiden Oblaste reagierten mit der Evakuierung von Teilen der Bevölkerung und versetzten ihre Artillerie in erhöhte Bereitschaft und verschoben die Geschütze wieder näher zur Konfrontationslinie.

Am 19. Februar 2022 nahm Selenskyj an der Sicherheitskonferenz in München teil. Er spielte gekonnt die Opferrolle und forderte grössere militärische Hilfe. Diese wurde ihm nur teilweise zugesichert. Putin und sein Aussenminister Lawrow fehlten beim geostrategischen Werweissen. Zum ersten Mal seit 1991 blieb Russland der Sicherheitskonferenz fern.

An der Konferenz soll gemäss Thierry Meyssan Selenskyj von der früheren stellvertretenden Assistenzsekretärin des US-Aussenministeriums Victoria Nuland (die sich mit dem Spruch «Fuck the EU» als US-Hardlinerin geoutet hat) grünes Licht erhalten haben, den geplanten Grossangriff auf die abtrünnigen Provinzen auszulösen.⁴ Selenskyj soll sich auch dahingehend geäussert haben, dass er Atomwaffen beschaffen wolle. Das muss in Moskau «rote Lichter» angezündet haben und die aktuelle Diskussion um angebliche vom Westen unterstützte Zentren für die Führung eines ABC-Kriegs wurde angesprochen.

Auch wenn die Behauptung von Meyssan sich wohl nur schwer belegen lässt und die angebliche «Auftraggeberin» heute kaum mehr als ranghoch bezeichnet werden kann, so deutet der verstärkte Beschuss von Wohngebieten in Lugansk, Horlivka, Perwomaïsk und anderer Orte ab dem 19. Februar darauf hin, dass ein «grünes Licht» vorangegangen sein könnte.

Fakt ist, dass seit dem Dekret Selenskyjs vom 24. März 2021, er wolle die Krim zurückerobern die ukrainische Armee im Donbas/s-Becken massiv verstärkt worden ist. Mit diesem Entschluss und logischerweise der definitiven Weigerung, Minsk II umzusetzen, hat die ukrainische Führung das Schicksal der jungen und hoffnungsvollen Nation frontal in die russische Mauer krachen lassen. Medial wurde die Mauer zum Schuldigen gemacht. Wenn man Selenskyjs Reden hört, so geht es auch bei ihm vor allem um die Ehre.

Am 21. Februar anerkannte Putin die beiden Rebellenrepubliken, welche um Anerkennung gebeten hatten, so wie es die Duma am 15. Februar schon beschlossen hatte. Er hat also eine Woche gezögert. Sehr informativ und im Sinne der Fremdwahrnehmung einfach einmal anzuhören, ist die Erklärung des Aussenministeriums Russlands über die Anerkennung der Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Es heisst

⁴ (Vgl. Thierry Meyssan à propos des bataillons nazis ukrainiens, in <https://votairenet.org/Article/285876.html>, 28.2.2022).

darin wörtlich⁵:

«Dieser Beschluss des Präsidenten Russlands war vor allem aus humanitären Gründen, begründet im Streben, die friedliche Bevölkerung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, darunter hunderte Tausend Staatsbürger Russlands, vor einer realen Gefahr für ihr Leben und Sicherheit, die vom jetzigen ukrainischen Regime ausgeht, das die Versuche nicht aufgibt, das Donezbecken-Problem mit Gewalt zu lösen, zu verteidigen.

Genau vor acht Jahren wurde die Welt Augenzeuge eines blutigen verfassungswidrigen Staatstreichs in Kiew. Damals kamen an die Macht in der Ukraine bei aktiver Unterstützung des Westens radikal gestimmte Nationalisten, die damit begannen, im Lande ihre Regeln aufzustellen, gegen die russische Sprache und Andersdenken zu kämpfen, eine fremde Ideologie aufzudrängen, faschistische Helfershelfer zu rühmen, Geschichte neu zu schreiben, das Territorium der Ukraine in ein antirussisches Nato-Aufmarschgebiet zu verwandeln. Die Einwohner von Donezbecken stimmten dieser Politik nicht zu und begannen mit der Verteidigung ihrer legitimen Rechte und Interessen. Nach den Referenden am 11. Mai 2014 wurden die Volksrepubliken Donezk und Lugansk ausgerufen.

Statt Einigung mit den Mitbürgern auf einem politischen Wege zu erreichen, begann Kiew gegen sie eine militärische Bestrafungsoperation, de facto einen Bürgerkrieg.

Seit Beginn der Ukraine-Krise unternahm Russland beharrliche Versuche, sie mit friedlichen, diplomatischen Mitteln zu lösen. Leider unternahmen die Kiewer Behörden zweimal einen Versuch, Donezk und Lugansk mit Gewalt in die Ukraine zurückzubringen, ohne Erfolg. Mit aktiver Unterstützung Russlands und anderer internationaler Vermittler wurde geschafft, das Blutvergiessen zu stoppen. Es wurde der «Maßnahmenkomplex zur Erfüllung der Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015» ausgearbeitet, der durch die Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrats einstimmig gebilligt wurde. Dieses Dokument brachte eine Möglichkeit für eine politische Regelung des Konfliktes in der Ostukraine und Reintegration von Donezbecken in die Ukraine.

Doch Kiew war de facto seit Unterzeichnung des Massnahmenkomplexes nicht bereit zu seiner Umsetzung, sprach offen über die Nichtigkeit der in Minsk erreichten Vereinbarungen und den fehlenden Wunsch, sie zu erfüllen. Es war ständig die kriegslustige Rhetorik der ukrainischen offiziellen Personen zu hören, die öffentlich über den Verzicht auf einen direkten Dialog und die Absichten, die Krise militärisch zu lösen, sprachen. Kiew stieg de facto seit langem aus den Minsker Abkommen aus.

In diesen Jahren wohnen die Einwohner der Volksrepubliken Donezk und Lugansk ständig unter Artillerie- und Mörserbeschuss. Tausende unschuldige Menschen, darunter Kinder, kamen ums Leben, Dutzende Tausend wurden verletzt. Gegen das Donezbecken wurde eine vollständige Verkehrs- und Wirtschaftsblockade eingeführt, die Auszahlung von

⁵ Die größten sprachlichen Unzulänglichkeiten der veröffentlichten Übersetzung sind beseitigt.

Renten und Sozialhilfen an die Einwohner wurde eingestellt. Solche Handlungen können nicht anders als Genozid des eigenen Volkes bezeichnet werden.

In der letzten Zeit beobachten wir eine heftige Zuspitzung der Situation entlang der ganzen Kontaktlinie. Es werden erneut zahlreiche Verletzungen des Waffenstillstandes gemeldet. Durch Geschosse werden Häuser friedlicher Staatsbürger, Schulen und andere Objekte der zivilen Infrastruktur zerstört.

Die Bevölkerung der Republik wurde mit einer direkten physischen Vernichtung durch die Kiewer Behörden konfrontiert. Es wurde absolut offensichtlich, dass das Donezbecken für Kiew ein Gebiet ist und nicht Menschen, die dort wohnen.

Die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk ist ein erzwungener und einzig möglicher Beschluss unter diesen Bedingungen. Er soll den Einwohnern der Volksrepubliken Donezk und Lugansk als Garantie ihres Rechtes auf friedliches Leben, Schutz ihrer legitimen Rechte und Interessen dienen.

Der Beschluss wurde unter Berücksichtigung einer freien Willensäußerung der Einwohner des Donezbeckens, auf Grundlage der Punkte der UN-Charta (Erklärung 1970 über Völkerrechtsprinzipien, die die Freundschaftsbeziehungen zwischen Staaten betreffen), der KSZE-Schlussakte und anderer grundlegender internationaler Dokumente getroffen.

Russland ruft andere Staaten dazu auf, seinem Beispiel zu folgen.»

Dem Beispiel ist niemand gefolgt. Der Kreml blieb mit seiner Darstellung und mit seiner Begründung allein und unverstanden. Eine Diskussion dieser Erklärung fand in den westlichen Medien nicht statt. Die Mär eines drohenden Genozids wurde als Kreml-Lüge vom Tisch gewischt. Niemand in Deutschland oder in der NATO erinnerte sich, dass mit der genau gleichen Behauptung die Bombardierung Belgrads ausgelöst worden war – doch das ist ein Thema der nächsten GMS-Jahresschrift.

Der geheime ukrainische Angriffsplan⁶

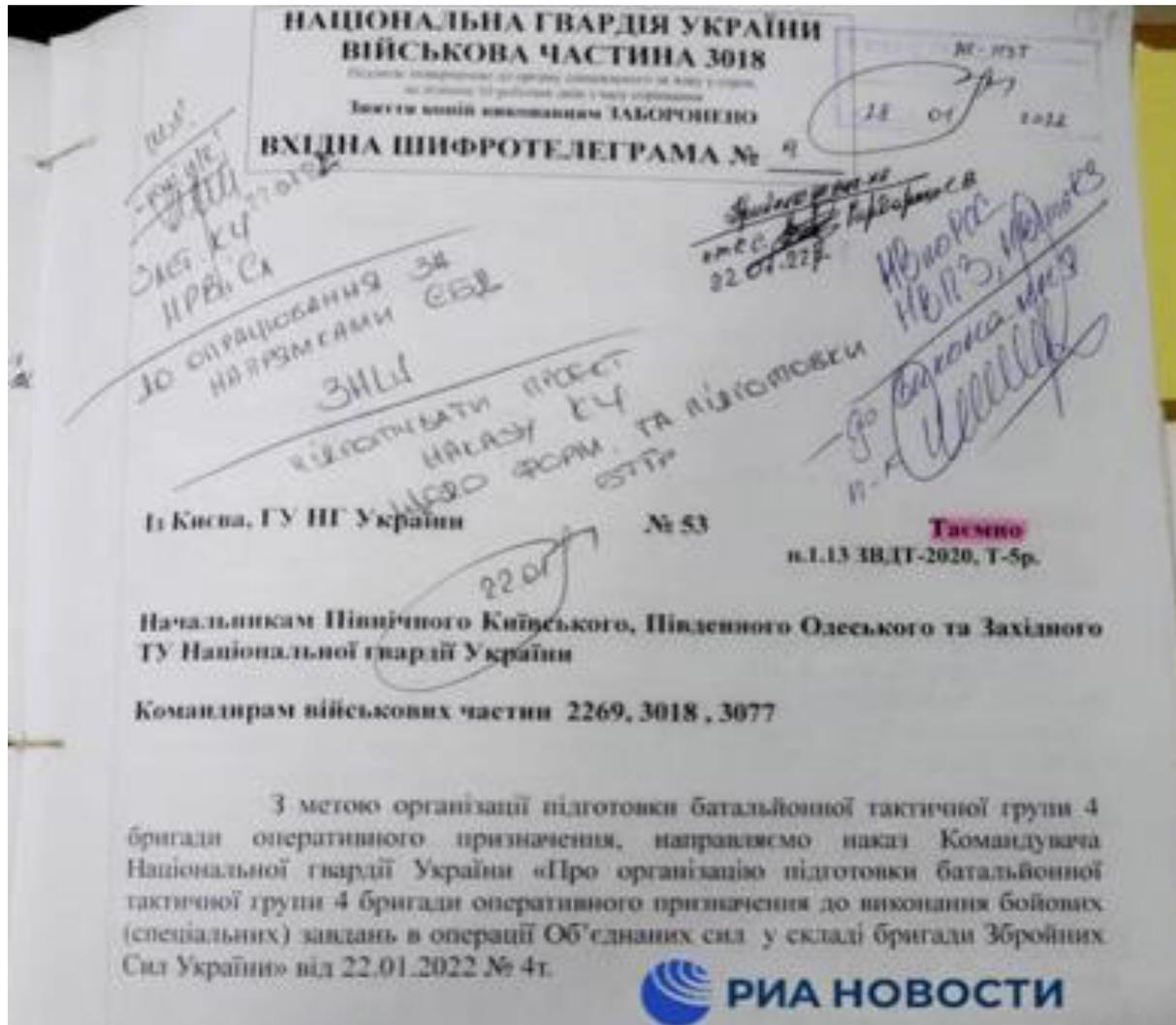


Abb. 10: Auszug aus einem geheimen, ukrainischen Angriffsplan. Das erste, GEHEIM klassifizierte Dokument stammt vom 1. Stellvertreter und Stabschef der ukrainischen Nationalgarde. Er befiehlt am 22.1.2022 verschiedenen Kommandostellen (u.a. 4. Brigade mit NATO Instruktoren) die Aufstellung von Bataillons-Kampfgruppen zu Erfüllung «spezieller Kampfaufgaben» im Rahmen der «Operation der Vereinten Kräfte» (Bezeichnung für die Operation ukrainischer Regierungstruppen gegen die bewaffneten Formationen der beiden abtrünnigen Oblaste). Der Empfang des Befehls wurde bestätigt.

Das Dokument ist fehlerfrei in einer einfachen ukrainischen Sprache abgefasst, die angebracht ist, denn der Verfasser musste sich dessen bewusst sein, dass es von Offizieren gelesen werden kann, deren Muttersprache russisch ist. Registriervermerke sind nach sowjetischer Tradition handschriftlich eingefügt. Erstaunlich ist, dass das Dokument mit EDV-Mitteln geschrieben wurde, was seinerzeit in der Roten Armee verboten war.

Das zweite Dokument ist ein Befehl des Kommandanten der Nationalgarde vom gleichen Tag. Er basiert auf dem Befehl des Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte vom 19.12.2021. Auch dieser Befehl ist als GEHEIM klassifiziert. Es wird zur Stärkung der Kampfkraft die Bildung von Bataillons-Kampfgruppen befohlen. Gemäss einem Ablaufplan werden die zu treffenden Massnahmen befohlen, z.B. Verbindungsaufnahme mit dem Kommando der Luftlandetruppen zwecks Unterstellung der Bataillons-Kampfgruppen bis zum 24.1., Inspektion der Logistik bis zum 3.2., Schulung der Zusammenarbeit mit der 80. Ila Brigade bis zum 28.2. im Ausbildungszentrum für Friedenserhaltende Operationen und Sicherheit der Armee in Stychi bei Lwow/Lwiw.

⁶ Die Übersetzung verdanke ich lic. phil Ralph Bosshard und den Hinweis auf die Dokumente Dr. Christoph Baumann.

Was mit den Bataillons-Kampfgruppen nach dem 28. Februar geschehen sollte, ist aus dem Befehl nicht ersichtlich. Die 80. Lla Brigade war zu dieser Zeit nicht im Donbas/s eingesetzt. Die auf den Befehlen ersichtlichen zusätzlichen Verbände sind Heeresflieger mit Helikoptern und Drohnen sowie Übermittlungsformationen. Das deutet auf einen geplanten operativen Einsatz hin, was Sinn gäbe.

Auf jeden Fall war diese Verstärkung der Kampfkraft der ukrainischen Regierungstruppen keine Folge von besonderen Aktivitäten der Aufständischen. Im Donbass war es seit Wochen ruhig. Die Massnahmen sind als Reaktion auf den russischen Truppenaufmarsch ab Ende November 2021 möglich. Wahrscheinlicher ist jedoch eine geplante Grossoffensive im März 2022.

Unlängst ist ein geheimer, erbeuteter ukrainischer Angriffsplan von der russischen Regierung publik gemacht worden. Es ist leider nur ein Teil des Befehlsdossiers, aber bereits dieser ist ein ausreichender Beleg für die Existenz der Planung einer «Operation der Vereinten Kräfte». Aufgrund der im Kommando der 4. Br NGU (Nationalgarde der Ukraine) sichergestellten Dokumente muss Präsident Selenskyj bereits im Januar 2022 auf eine militärische Lösung hingearbeitet haben. Er mag die Ablehnung der russischen Begehren um Sicherheitsgarantien als härtere Haltung des Westens gegenüber Russland interpretiert haben und glaubte möglicherweise, sich ebenfalls eine solche leisten zu können. Die Waffenlieferungen westlicher Staaten an die Ukraine, die nicht ohne Zustimmung der USA erfolgt sein kann, mag ihn im Glauben bestärkt haben, er erhalte konkrete militärische Unterstützung in einem Konflikt mit den beiden abtrünnigen Provinzen LNR und DNR. Die Angriffsbereitschaft zur Rückeroberung des Donbas/s sollte am 28. Februar erstellt sein. Ob dieser Plan jemals zum Tragen gekommen wäre muss offen bleiben, da der russische Angriff ihm zuvorkam. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Selenskyj in München erkannt hat, dass er falsch kalkuliert hatte. Er bekam es militärisch direkt mit Russland zu tun und nicht nur mit den Verbänden der LNR und der DNR. Er stand plötzlich allein gegen einen mächtigen Feind, aber ein Zurück gab es nicht mehr.

Sowohl die Führung in Moskau als auch in Kiew befand sich in einer Sackgasse, aus der es keinen Ausweg zu geben schien.

Ob einmal eine Präventivkriegsdebatte geführt werden wird, ist zurzeit kein Thema. Die US-Satellitenbilder müssen zweifellos – sollten sie jemals freigegeben werden – nicht nur den russischen Truppenaufmarsch, sondern auch den ukrainischen belegen oder falsifizieren können. Nur der Erste wurde seit Dezember 2021 beanstandet.

Der fatale Entschluss Putins

Als Bundeskanzler Scholz entschieden hatte, North Stream II vorerst keine Betriebsbewilligung zu geben, war die letzte Chance einer Deseskalation und von Verhandlungen verspielt. Die Zurückhaltung ergab für Putin anscheinend keinen Sinn mehr.

Er hatte drei Möglichkeiten:

1. Er konnte nichts tun und abwarten. Das ist ohne Gesichtsverlust schwer denkbar, hätte aber unendliches Leid verhindert.

2. Er konnte in die beiden Provinzen einmarschieren und gemeinsam mit den Kämpfern der beiden abtrünnigen Republiken (LNR und DNR) den Angriff der Ukrainer abwarten. Das hatte den Vorteil, dass er der Angegriffene gewesen wäre. Es hätte aber an der Auslösung der angedrohten Wirtschaftssanktionen des Westens wahrscheinlich nicht viel geändert, aber die gewaltige Fluchtwelle der Bevölkerung wäre wohl nicht ausgelöst worden.

3. Er konnte etwas tun, das ihn in der westlichen Welt definitiv zum Paria stempeln würde: einen Angriffskrieg riskieren und eine grosse gewaltsame Lösung anstreben. Die operative Folge war ein Angriff an mehreren Stellen mit sorgfältig ausgewählten Angriffszielen. Für eine Besetzung der Ukraine waren die sofort verfügbaren Kräfte zu schwach. Die Raum-Mittel-Rechnung fiel ungünstig aus. Es sei denn, der Widerstand der ukrainischen Kräfte würde rasch zusammenbrechen.

Wladimir Putin und seine Berater wählten die dritte Lösung und luden schwere Schuld auf sich. Für einen Angriffskrieg gibt es keine Rechtfertigung.

Das strategische Ziel der Maximalvariante hiess nun nicht mehr: kein NATO-Beitritt der Ukraine, sondern Entmilitarisierung und Entnazifizierung.

Das erste Ziel ist nachvollziehbar. Das Zerschlagen der feindlichen Armee ist in jedem Krieg ein Primärziel. Schwieriger zu verstehen ist das zweite Ziel. Nur ein Gedankenspiel ergibt einen gewissen Sinn. Wenn man davon ausgeht, dass die Feinde Russlands im Zweiten Weltkrieg vor allem die Nationalsozialisten waren, so kann man unter dem Begriff Entnazifizierung verstehen, dass die Feinde Russlands in der Ukraine im Allgemeinen und die russlandfeindlichen Kräfte in der Regierungsschicht im Besonderen ausgeschaltet werden sollten.

Die Zukunft wird zeigen, welches dieser Ziele zu wie vielen Prozenten erreicht werden kann.

Fazit

Was bei all diesen Überlegungen und nach der Aufarbeitung der Vorgeschichte aber entscheidend wichtig ist, auf dass keine falschen Verdächtigungen aufkommen: Putin hat sich mit der Auslösung eines Krieges und mit der Missachtung des Völkerrechts in der UNO-Charta jede Sympathie eines humanistisch denkenden Menschen verspielt. Für einen Angriffskrieg gibt es keine Rechtfertigung, höchstens Gründe, warum es schliesslich dazu gekommen ist. Bei diesen Gründen sind – wie aufgezeigt – die Westmächte und die Ukraine nicht unschuldig.

Was heute schon gesagt werden kann, ist, dass auf diesem eingeschlagenen Weg des Krieges unvorstellbares Elend in der Bevölkerung und ebenso unvorstellbare Schäden in den Kampfzonen der Preis sind. Der Wert des einzelnen Menschen wird missachtet und in den Dienst eines strategischen Ziels gestellt. Das ist gegen die im christlich-abendländischen Bereich gültiger Ethik. Krieg aus «humanistischen Gründen» ist so verlogen wie die Bombardierung Belgrads 1999. Seither ist das, was in der Ukraine geschieht eine

schreckliche menschliche Tragödie, die vorher niemand für möglich gehalten hat. Nicolò Machiavellis Satz: «Der Zweck heiligt die Mittel» ist längst kein überall anerkanntes moralisches Prinzip mehr, wenn es das je gewesen sein sollte. Der Zweck heiligt nur dann die Mittel, wenn der Zweck ein guter ist und die Mittel angemessen sind. Die Mittel können den Zweck «heiligen». Es kommt also ebenso auf die Mittel an. So betrachtet können die eingesetzten Mittel den Zweck verändern sowohl ins Negative als auch ins Positive. Kriegerische Mittel können nie gut sein, ausser man vertrete das Gesetz des Stärkeren. Die Sieger schreiben die Geschichte.



Abb. 11: Neurussland

Mögliche Szenarien einer Lösung

Denkbar ist nach einem hoffentlich bald möglichen Waffenstillstand die **Teilung des Landes** z.B. gemäss der Novorossiia-Konzeption. Der Begriff ist unter Katharina der Grossen entstanden, als die zaristische Expansionspolitik das Schwarze Meer erreichte. Das eroberte Küstengebiet nördlich des Schwarzen Meers wurde «Neurussland» bzw. Novorossiia bezeichnet. Es wäre etwa die Teilung auf einer Linie Charkiv-Odessa. Charkiv war in der Geschichte schon einmal Hauptstadt der Ukraine. Wladimir Putin verfolgte diese früher oft diskutierte Idee nach 2014 nicht mehr und wurde von grossrussischen Nationalisten hierfür kritisiert. Diese Idee könnte jetzt wieder reaktiviert werden. Ob sie ein Thema wird, ist reine Spekulation. Es könnte sein, dass Katharina die Grosse als sehr gesuchter historischer Bezugspunkt dafür herhalten müsste.

Denkbar ist eine befohlene **Neutralisierung** der Ukraine mit einer weitgehenden innenpolitischen Respektierung der Besonderheiten der Regionen im Sinne der schweizerischen Kantone. Sie würde das ursprüngliche strategische Ziel Russlands, einen NATO-Beitritt der Ukraine zu verhindern, erfüllen.

Ebenso denkbar ist eine **Defensivallianz** aller Nachbarn Russlands ohne geopolitische Einflüsse aus dem Nordatlantik-Raum. Das würde den territorialen Bestand der Länder sichern und Grenzfragen wären in diesem Szenario etwas weniger wichtig.

Nicht denken möchte ich eine **globale Eskalation**, welche zwangsläufig eine nukleare Komponente hätte. Ich bin entsetzt über die Leserbriefe, in denen diese von der NATO gefordert wird. Diese Schreiber wissen nicht, was sie vorschlagen.

Ich persönlich erhoffe mir eine **kooperative Sicherheitsordnung** im eurasischen Raum, die Russland mindestens bis zum Ural miteinschliesst, wie in den frühen 1990-er Jahren angedacht und auch von Thomas Greminger in seinem Referat diskutiert. Man sollte sich nicht damit abfinden, dass nun wieder Kalter Krieg herrscht, dass alte Feindbilder unzerstörbar sind und dass eine konfrontative Sicherheitsordnung situationsgerecht sei. Dass Russland damit aus Europa ausgeschlossen und in den asiatisch-chinesischen Raum abgedrängt wird, sollte weitsichtig überdacht werden.

Zwei Standbilder zum Kriegsverlauf

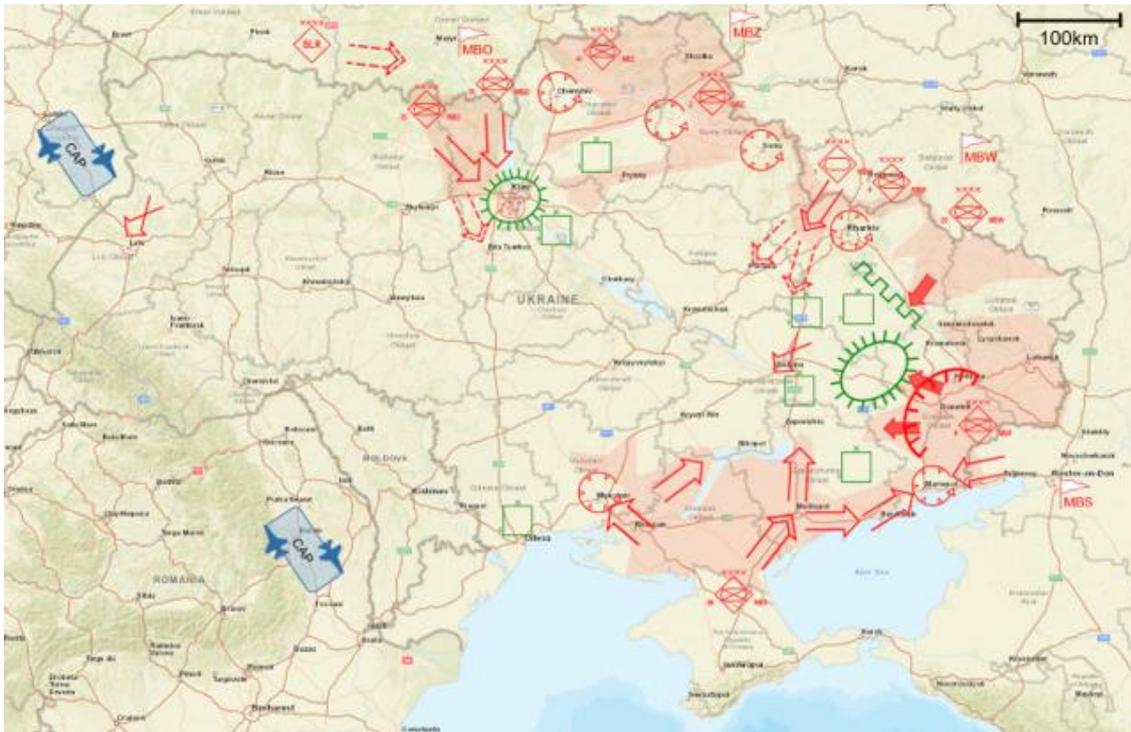


Abb. 12: Kriegsverlauf bis Mitte März 2022. Graphik MND&DPSA

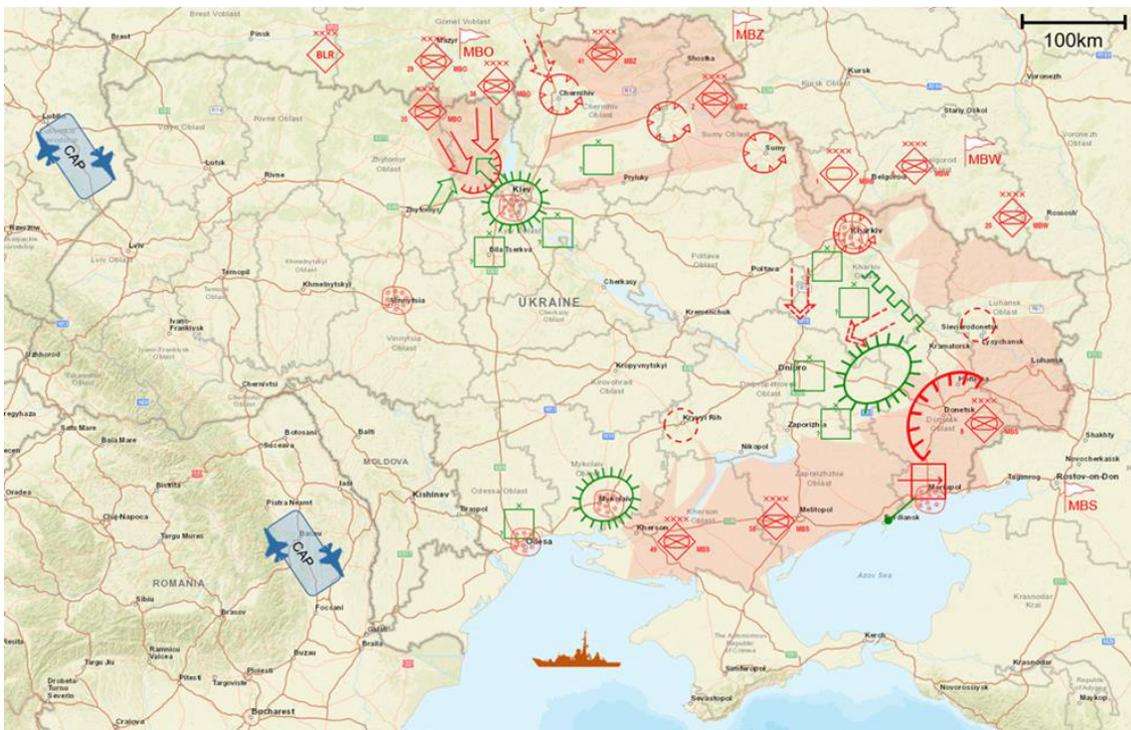


Abb. 13: Standbild zum Zeitpunkt der Publikation dieser GMS-Sonderschrift (28.03.2022) Graphik MND&DPSA

Kooperative Sicherheit und der Beitrag der OSZE oder wie kommen wir aus der tiefsten Krise der europäischen Sicherheit?

Botschafter Thomas Greminger

Wir erleben gegenwärtig die grösste Krise der europäischen Sicherheit seit Ende des Kalten Kriegs. Und noch ändert sich die Lage weiterhin fast stündlich. Oft werde ich diese Tage gefragt, ob die Situation noch weiter eskalieren könnte? Und die Antwort ist: Ja, es gibt ein sehr reales Risiko, dass sich die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen noch weiter verschlechtern könnten. Ich vermute, wir werden uns in Richtung eines Kalten Krieges 2.0 bewegen, das Gespenst eines Dritten Weltkriegs will ich nicht heraufbeschwören.

Ich würde behaupten, dass ein Grund für diese Spannungen darin liegen, dass die Staaten des euro-atlantischen Raumes die Vorzüge der Kooperation nicht mehr richtig einschätzen und Sicherheit als ein zu selbstverständliches Gut ansehen.

Ich sehe aber gleichzeitig einen Silberstreifen am Horizont: Diese Katastrophe könnte dazu führen, dass die Staaten zumindest mittel- bis längerfristig die Notwendigkeit des Dialogs, des Respekts und der Gegenseitigkeit wieder stärker zu schätzen wissen. Aber es sollte nicht erst eines Krieges bedürfen, um uns die Notwendigkeit vor Augen zu führen, Vertrauen und Sicherheit in Europa wiederherzustellen. Und das ist genau der Punkt, an dem wir uns im Moment befinden.

Sie mögen mir nun erwidern, jetzt sei nicht der richtige Zeitpunkt, um über kooperative Sicherheit zu sprechen. Ja, Sie haben auf eine Weise Recht. Aber es wird der Tag kommen, an dem wir genug von der Konfrontation haben, wir wieder miteinander reden und den Kalten Krieg 2.0 vielleicht gar durch ein Helsinki 2.0 ersetzen wollen. Deshalb möchte ich darüber sprechen, wie kooperative Sicherheit uns aus der Konfrontation führen könnte und welche Rolle dabei das institutionelle Sinnbild der kooperativen Sicherheit, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), spielen könnte.

Was ist kooperative Sicherheit?

Zunächst ein paar Worte zur begrifflichen Klärung. Wir hören ja häufig den Ausdruck «kollektive Sicherheit», manchmal auch den der «gemeinsamen Sicherheit», aber deutlich weniger »kooperative Sicherheit«. Was bedeutet dies also?

Kooperative Sicherheit ist ein Ansatz zur Verbesserung der Sicherheitsbeziehungen zwischen Staaten, der auf der Prämisse beruht, dass wir Sicherheit *miteinander* und nicht voreinander anstreben. Im Gegensatz dazu ist die kollektive Sicherheit eine Allianz von

Staaten, die sich *gegen* jemanden richtet. Die kooperative Sicherheit geht von der Frage aus: Mit wem müssen wir zusammenarbeiten, um gemeinsame Bedrohungen und Herausforderungen zu bewältigen?

Bei der kooperativen Sicherheit geht es also eher um Konsultation als um Konfrontation, um Transparenz statt Geheimhaltung und um Rückversicherung statt um Abschreckung. Die kooperative Sicherheit geht davon aus, dass Sicherheit unteilbar ist und nicht von einem Staat allein erreicht werden kann. Natürlich gehören zum Tango-Tanzen immer zwei. Wenn eine Seite die Zusammenarbeit verweigert oder Gewalt anwendet, ist die Zeit für kooperative Sicherheit nicht mehr da oder noch nicht reif. Andernfalls wäre das «Appeasement», eine Beschwichtigungspolitik. Das wollen wir nicht! Es gibt Zeiten, in denen robustere Reaktionen erforderlich sind – also Abschreckung, «Deterrence».

Ausserdem möchte ich betonen, dass kooperative Sicherheit nicht den Anspruch erhebt, ewigen Frieden zu schaffen oder eine Utopie aufzubauen. Vielmehr ist sie darauf ausgerichtet, die Beziehungen zwischen Staaten friedlicher und vorhersehbarer zu gestalten. Im Moment wird uns ja vor Augen geführt, was passiert, wenn die Zusammenarbeit scheitert. Im Weiteren argumentiere ich, dass kooperative Sicherheit in einer interdependenten Welt pragmatische Politik, ja eigentlich Realpolitik darstellt. In diesem Zusammenhang sagt UN-Generalsekretär Antonio Guterres gerne: «Solidarität ist Eigeninteresse», denn komplexe, grenzüberschreitende Herausforderungen können in der Tat nur bewältigt werden, wenn Staaten einen Weg finden, zusammenzuarbeiten.

Was sind die konstituierenden Elemente eines solchen Ansatzes? Ich möchte hier fünf Aspekte aufführen:

1. Dialog

In meinem ersten Punkt möchte ich den Fokus auf den Dialog legen. Dialog mag selbstverständlich erscheinen, aber die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sind seit Jahren so polarisiert, dass ein echter Dialog nicht mehr möglich ist. Das gilt insbesondere seit 2014 (illegale Annexion der Krim), als der Westen die Doktrin «no business as usual» adoptiert hat. Das hiess in der Praxis: nicht mehr mit den Russen zu reden. Kein gutes Rezept.

Wie Desmond Tutu gesagt hat: «Wenn man Frieden will, muss man mit seinen Feinden reden, nicht nur mit seinen Freunden.»

Als Generalsekretär der OSZE habe ich stets versucht, diesem Prinzip nachzuleben. Und das ist auch mein Ansatz als Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik (GCSP) – ganz im Sinne des Internationalen Genfs. Ich betrachte das GCSP als einen sicheren Raum, in dem sich Gleichgesinnte, aber auch Nicht-Gleichgesinnte treffen, ihre Ansichten austauschen, dabei vielleicht zu einem besseren Verständnis und gar zur Zusammenarbeit

gelangen können. Das entspricht auch ganz dem Ruf unseres Landes, ein sicherer, neutraler Ort zu sein, wo sich Menschen treffen und für den Frieden engagieren können. Aus diesen Gründen haben sich die Präsidenten Biden und Putin im vergangenen Juni in Genf getroffen, und deshalb fühlen sich auch die Teilnehmer des Strategischen Stabilitätsdialogs zwischen den Amerikanern und Russen in Genf wohl.

2. Gemeinsame Interessen ermitteln

Im Idealfall, und damit komme ich zu meinem zweiten Punkt, können die Seiten durch den Dialog ihre Beziehungen friedlicher und kooperativer gestalten. Sie tun dies, indem sie gemeinsame Interessen identifizieren, obschon sie sich in vielen Dingen uneinig sind. Die Friedrich-Ebert-Stiftung nennt diese überlappenden Interessensfelder «Inseln der Zusammenarbeit». Die EU bezeichnet denselben Ansatz in ihrer Russland-Strategie «Felder des selektiven Engagements». Politologen bezeichnen diese Methode ganz nüchtern als *Kompartimentalisierung der Aussenbeziehungen*.

Das ist ein schwieriger, aber nicht unmöglicher Ansatz. Wenn man den Russen und den NATO-Staaten zuhört, äussern sie häufig dieselben Sicherheitsbedenken. Sie fühlen sich eingekreist; es fehlt ihnen an Vertrauen; sie sind besorgt über Truppen und Raketen in der Nähe ihrer Grenzen und sie beklagen sich darüber, die andere Seite hätte eingegangene Verpflichtungen verletzt. Da lassen sich überlappende Interessen finden. Das sind bereits potenzielle Ansätze der Kooperation.

Ausserdem brauchen die Seiten einander für den Handel, für die Energieversorgung, für den Finanzverkehr, aber auch im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, wie Terrorismus und organisierter Kriminalität. Im Weiteren gibt es offensichtliche gemeinsame aussenpolitische Interessen in Bezug auf Afghanistan, Iran, Nordkorea, oder hinsichtlich der Nutzung des Weltraums und der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen.

3. Gemeinsam vereinbarte Regeln

Dialog und gemeinsame Interesse reichen jedoch nicht. Deshalb ist mein dritter Punkt, dass es gemeinsame Regeln geben muss. Gespräche sollten zu Verhandlungen führen und Verhandlungen zu Massnahmen. Dazu müssen die Seiten einander vertrauen, und es muss eine Vorhersehbarkeit in ihren Interaktionen geben. Und dies kann vor allem mit Regeln sichergestellt werden. Leider wurden die meisten der Regeln, die das Fundament der europäischen Sicherheitsarchitektur nach dem Kalten Krieg bildeten, in den letzten 25 Jahren regelmässig verletzt und zwar von verschiedenen Seiten. Ich rede von den Grundsätzen und Verpflichtungen, die in den Schlüsseldokumenten der KSZE/OSZE verankert sind: in der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975, der Charta von Paris (1990), der Charta für die Europäische Sicherheit von 1999 und in der Erklärung des Gipfels von Astana (2010). Hier geht es um Grundsätze wie das Verbot, Grenzen einseitig oder gewaltsam zu verändern, die Achtung der territorialen Souveränität, die Selbstbestimmung von

Völkern, die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, aber auch um die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten als Bestandteil einer umfassenden Konzeption von Sicherheit. Ohne solche Leitplanken und deren Respektierung ist die Wahrscheinlichkeit, dass Staaten in einen Konflikt geraten, viel höher. Wir sehen das Ergebnis der Nichtrespektierung von Regeln momentan laufend auf unserem Bildschirm.

Lassen Sie mich kurz die Relevanz der Prinzipien anhand der aktuellen Krise erläutern: Im Kern der aktuellen Spannungen steht die Garantieforderung Russlands für einen Nichtbeitritt der Ukraine in die NATO. Diese Forderung illustriert das Dilemma zwischen zwei grundlegenden Prinzipien der europäischen Sicherheit. Auf der einen Seite steht das Recht eines jeden Staates auf die freie Wahl seiner Sicherheitsarrangements, inklusive der Allianzen. Auf der anderen das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit. Dies bedeutet, dass kein Staat seine eigene Sicherheit auf Kosten eines anderen Staates erhöhen darf. Wenn Sie diese beiden Grundsätze auf die Staaten zwischen der NATO und der Russischen Föderation anwenden – also auf die Ukraine, Georgien, Moldawien, Belarus, Armenien und Aserbeidschan –, dann wird rasch klar, dass wir einem **Dilemma** gegenüberstehen. Sie haben sicherlich auch festgestellt, dass die beiden Seiten in den letzten Monaten jeweils nur auf das ihnen nahestehende Prinzip insistierten. Die gute Nachricht ist jedoch, dass sich dieses Dilemma mittels Dialog, Diplomatie und politischem Willen auflösen lässt. Leider ist im Vorfeld der kriegerischen Auseinandersetzung die Anerkennung, dass eine Versöhnung der beiden Prinzipien möglich und über Verhandlungen anzustreben wäre, ausgeblieben.

Natürlich sind seit der Unterzeichnung der erwähnten Grundlagendokumente neue Bedrohungen und Herausforderungen entstanden: Cyberangriffe, mächtige nichtstaatliche Akteure wie terroristische oder kriminelle Gruppen, die Auswirkungen der modernen Technologie auf die Sicherheit und die Menschenrechte oder die Konsequenzen des Klimawandels für die Sicherheit. Das heisst aber nicht, dass wir uns nicht von den bestehenden Grundsätzen und Verpflichtungen verabschieden sollten – das wäre äusserst gefährlich. Aber wir müssen sie im modernen Kontext auslegen. Und wir müssen sicherstellen, dass sie auch umgesetzt werden. Ein fundamentaler erster Schritt dahin wäre, dass die Staaten wieder ein gemeinsames Verständnis erlangen, was diese Prinzipien heute bedeuten.

4. Aufbau von Vertrauen und Zuversicht

Um so weit zu kommen – das ist mein vierter Punkt – benötigen wir Massnahmen, die es erlauben, Vertrauen wieder aufzubauen. Dabei können wir uns von den Massnahmen inspirieren lassen, die in den 1980-er und 90-er Jahren entwickelt wurden, um die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen während und nach dem Kalten Krieg zu verbessern: die sogenannten Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Massnahmen (VSBMs). Leider wurden sie in den letzten Jahren nicht mehr konsequent angewandt und auch nicht

mehr modernisiert. Dies ist zweifelslos mitverantwortlich für den starken Vertrauensverlust.

Zu solchen Massnahmen gehören praktische Instrumente wie Hotlines zwischen Verteidigungsministern, Armeechefs und Kommandanten. Es geht um den Austausch von Informationen über neue Waffensysteme, Militärübungen oder Truppenbewegungen, um Überraschungen auszuschliessen. Sie beinhalten die Entsendung von Beobachtern zur Überwachung von Manövern, Überflüge und Besuche von Militärstützpunkten, um die Truppenpräsenz zu überprüfen oder neue Waffensysteme zu inspizieren. Ganz zentral sind Krisenkommunikationsnetze, Kontakte zwischen Militärs und offene Diskussionen über Bedrohungswahrnehmungen und Streitkräftestrukturen.

Fehlen solche vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen, so können Propaganda, Fake News und Paranoia rasch die Oberhand gewinnen. Leicht können Emotionen, Ängste und ein Gefühl der Bedrohung geschürt werden. Wie wir aus der Geschichte wissen, handeln Menschen, einschliesslich Politiker, nicht immer rational. Und je grösser der Druck ist, desto höher ist das Risiko einer emotionalen oder irrationalen Reaktion. Bezeichnenderweise stellte Thukydides bei der Beschreibung des Peloponnesischen Krieges fest, dass Furcht, Ehre und Eigeninteresse die Hauptgründe gewesen seien, die zum Krieg führten. Deshalb brauchen Entscheidungsträger genaue Informationen, gute Analysen sowie offene Kanäle für den Dialog, um den Nebel des Krieges zu lichten.

5. Wir sind alle Akteure der europäischen Sicherheit

Kommen wir zu meinem fünften Punkt: Der Frieden in Europa ist zu wichtig, um ihn allein Diplomaten und Politikern zu überlassen. Ein wesentlicher Teil des Erfolgsgeheimnisses der KSZE in den 1970-er und 80-er Jahren war das aktive Engagement der Zivilgesellschaft. Ich sehe daher eine wichtige Rolle für zivilgesellschaftliche Organisationen, für Akademien und für Think Tanks darin, Ideen, Interesse und Druck zu erzeugen, um die politischen Entscheidungsträger zum Engagement zu bewegen, und um wieder eine Dynamik für ein friedlicheres und kooperativeres Europa in Gang zu bringen.

Das Engagement für Sicherheit und Frieden gehört wieder auf die Agenda der Politiker und Politikerin. Oder, wie Albert Einstein einmal sagte: «Die Welt ist ein gefährlicher Ort zum Leben; nicht wegen der Menschen, die böse sind, sondern wegen der Menschen, die nichts dagegen tun.»

Deshalb müssen wir den Sinn für die Dringlichkeit von Frieden und Sicherheit wieder schärfen. Das bedeutet übrigens nicht nur, sich für eine starke Armee zu engagieren, sondern ebenso sich für die ausgreifenden Komponenten unserer Sicherheitspolitik einzusetzen: für die Stärkung multilateraler Institutionen, die Wiederbelebung der Rüstungskontrolle und die Stärkung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen.

Die Schweiz als Brückenbauerin am Beispiel des Krisenmanagements in der Ukraine im Jahr 2014

Erlauben Sie mir nun ein paar Worte und ein praktisches Beispiel zur Illustration der Rolle der Schweiz als Brückenbauerin und Friedensstifterin: Diese Rolle wird umso wichtiger werden, wenn wir 2023 und 2024 nichtständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats sind. Eine ähnlich wichtige Rolle haben wir das letzte Mal im Jahr 2014 gespielt, als die Schweiz den Vorsitz der OSZE innehatte. Ich hatte damals die Aufgabe, den Ständigen Rat der OSZE als Vorsitzender zu führen. Der Ständige Rat ist das wichtigste Dialog- und Entscheidungsgremium der Organisation, der jede Woche in Wien auf Stufe der Botschafter der 57 Teilnehmerstaaten tagt.

Als die Krise in und um die Ukraine ausbrach – vor fast genau acht Jahren – wurde der Schweizer Vorsitz auf eine harte Probe gestellt. Mit den dramatischen Ereignissen auf dem Maidan-Platz zeichnete sich eine ernsthafte Krise bereits recht früh ab. Präsident Janukowitsch aber wollte die Situation nicht «internationalisieren», wollte keine Hilfe von aussen annehmen. Das änderte sich schnell und umfassend, als er abgewählt wurde und in der Nacht des 21. Februars 2014 das Land verliess oder verlassen musste – je nach Narrativ. Nur drei Tage später sprach Aussenminister Didier Burkhalter als OSZE-Vorsitzender vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Er schlug die Einrichtung einer internationalen Kontaktgruppe für die Ukraine als Teil eines umfassenden Pakets von Deeskalationsmassnahmen vor. Aus diesem Vorschlag entstand zunächst im April eine Kontaktgruppe, die sich aus der Russischen Föderation, der Ukraine, der USA und der EU zusammensetzte. Im Juni 2014 formierte sie sich in die Normandie-Gruppe um, bestehend aus der Ukraine, der Russischen Föderation, Frankreich und Deutschland. Nach dem Vorbild der im Balkankrieg geschaffenen Kontaktgruppe entstand damit eine Instanz, die zentral für die Definition der politischen Vorgaben zur Konfliktbewältigung wurde. Doch die Lage vor Ort verschlechterte sich schnell. Unbekannte bewaffnete Männer – die «kleinen grünen Männchen» – nahmen Ende Februar das Regierungsgebäude in Simferopol, der Hauptstadt der Krim, in Beschlag. Dies war der Beginn der Annektierung der Krim. Am 3. März 2014 ersuchte die neue Regierung in Kiew die OSZE um die Entsendung einer Beobachtermission in die Ukraine.

Die Wahrscheinlichkeit, dass es gelingen würde, eine solche Mission zustande zu bringen, schien zu Beginn eher gering. Die OSZE ist eine konsensorientierte Organisation, so dass alle Parteien – insbesondere die Russische Föderation und die Ukraine – zur Zustimmung zu bewegen waren. Und im Gegensatz zu den Vereinten Nationen verfügt die OSZE nur über begrenzte Erfahrungen und Kapazitäten für die Durchführung von Friedensoperationen. Es war anfänglich auch nicht klar, ob die Russische Föderation überhaupt bereit war, den Konflikt in dem Masse zu internationalisieren. Die OSZE verfügt jedoch auch über mehrere Vorteile. Sie hat eine umfassende Mitgliedschaft, einschliesslich der Ukraine, der

Russischen Föderation, der Vereinigten Staaten und aller EU-Mitgliedstaaten. Sie verfolgt einen kooperativen (und eben nicht bedrohlichen) Ansatz. Sie verfügt zudem über ein breites Spektrum von Instrumenten zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Und sie gilt als regionale Vereinbarung, im Sinne von Kapitel VIII der UN-Charta.

Ausserdem war die Schweiz als Vorsitzland gut positioniert, um den Dialog zu fördern. Als neutrales Land mit beträchtlichen Ressourcen, einer starken Vermittlungskapazität und einer Tradition als ehrliche Vermittlerin war sie gut gerüstet, den Versuch zu wagen, einen Konsens zu erzielen. Durch einen glücklichen Zufall war Aussenminister Burkhalter zu diesem Zeitpunkt auch Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Dies ermöglichte es ihm, mit anderen Staatschefs wie der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und mit Präsident Putin auf Augenhöhe zu verkehren.

Es herrschte – wie heute – viel Verwirrung und Desinformation über die Geschehnisse in der Ukraine. Es war deshalb wichtig, rasch neutrale Beobachter vor Ort zu haben, die über die Entwicklungen berichten und die durch ihre Anwesenheit das Risiko einer Eskalation verringern konnten. In den ersten drei Märzwochen 2014 leitete ich die Verhandlungen im Ständigen Rat mit dem Ziel, eine Einigung zum Mandat der OSZE-Beobachtungsmission zu erzielen. Die Verhandlungen waren schwierig, kamen mehrmals ins Stocken und drohten mindestens dreimal zu scheitern. Doch wenn immer die Verhandlungen auf Botschafterebene in Wien blockiert waren, hoben wir sie auf die Ebene der Hauptstädte, häufig der Aussenminister – Berlin, Kiew und Moskau waren die wichtigsten Akteure. Um die schwierigsten Blockaden zu überwinden, waren auch einige Telefonate unter Staatschefs unumgänglich und schliesslich entscheidend.

Am 21. März - weniger als drei Wochen nachdem wir ein offizielles Ersuchen der Ukraine erhalten hatten – traf der Ständige Rat einen Konsensentscheid über die Entsendung einer OSZE-Sonderbeobachtungsmission (SMM) in die Ukraine. Damit war der Weg frei für die Entsendung der ersten hundert internationalen Beobachter. Die allerersten Beobachter trafen innerhalb von 24 Stunden nach der Entscheidung des Ständigen Rats in der Ukraine ein – mit Sicherheit ein Rekord für eine internationale Organisation. Schliesslich verfügte SMM über mehr als 800 Beobachter aus über 40 Ländern. Unterstützt wurde sie durch viel Technologie, insbesondere Drohnen, sowie durch Kamera- und Satellitenbilder.

Die SMM stellte die Augen und Ohren der internationalen Gemeinschaft dar. Sie hat vertrauensbildende Massnahmen und Tausende von lokalen Waffenstillständen oder «Windows of silence» vermittelt, welche die Reparatur kritischer Infrastrukturen, einschliesslich der Wasser-, Gas- und Stromversorgungsinfrastruktur, ermöglichten und somit das Leben von drei Millionen Menschen auf beiden Seiten der Kontaktlinie erträglicher gestalteten.

Aber, sind wir ehrlich: Die SMM wurde eingerichtet, um den Waffenstillstand zu überwachen und lokale Eskalationen zu verhindern. Sie wurde jedoch nicht entsandt, um Hunderte oder Tausende von Explosionen pro Tag zu zählen und schon gar nicht, um einen geplanten Angriff zu stoppen. Und heute ist die Zukunft dieser Mission in Frage gestellt.

Der Konflikt im Donbass hat nun über Jahre Hunderttausende von Ukrainern vertrieben. Andere lebten immer noch in der so genannten «Grauzone» zwischen den Kriegsparteien. Sie versuchten, ihr Leben zu meistern, liefen dabei aber immer Gefahr, ins Kreuzfeuer zu geraten, auf eine Mine zu treten oder durch die Kämpfe von Wasser, Gas oder Strom abgeschnitten zu werden. Und nun ist der Konflikt im Donbass auf eine neue Stufe gehoben worden: Er ist Teil einer grösseren kriegerischen Auseinandersetzung in Europa geworden. Damit sind wir wieder in der Gegenwart angelangt.

Schritte auf dem Weg vom Krieg zum Frieden

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch einige Überlegungen – vielleicht sind es nicht viel mehr als Spekulationen angesichts einer sich ständig verändernden Situation – vortragen, wie wir aus dieser tiefen Krise der europäischen Sicherheit rauskommen könnten. Wie könnten mögliche Schritte auf einem Weg vom Krieg zum Frieden aussehen. Ich werde **vier Punkte** erwähnen:

Erstens muss der Krieg so rasch als möglich eingestellt werden: Waffenstillstand, am besten ein bedingungsloser Waffenstillstand. Es braucht dringend Deseskalationsmassnahmen, um einen geeigneten Rahmen zu schaffen, konstruktive Verhandlungen zu führen.

Zweitens: Je nach der Länge des Krieges und der Art und Weise, wie er beendet wird – ist es ein «Siegfrieden» oder ein verhandelter Frieden mit einem einigermaßen fairen Ausgang – wird der Kalte Krieg 2.0 kürzer oder länger und tiefer. Ich rechne mit schwerwiegenden und umfassenden militärischen, politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen.

Drittens: sobald ein Wille vorhanden ist, wieder miteinander zu reden und sich schrittweise über kooperative Elemente aus dem Kalten Krieg 2.0 zu verabschieden, könnte man auf den Erfahrungen bezüglich der Prozesse und der Substanz der letzten beide Monate aufbauen. Inspiration könnte aber auch der Verhandlungsprozess zwischen den Jahren 1972 bis 1975 bieten, der zur Schlussakte von Helsinki führte. Auch wenn die Verhandlungsformate, die über die letzten drei Monate benutzt worden sind, nicht den erhofften diplomatischen Erfolg brachten, könnten sie sich in der Zukunft als nützlich erweisen. Dabei wird das bilaterale Format zwischen den USA und der Russischen Föderation, sei es auf Ebene der Präsidenten, der Aussenminister oder der Arbeitsebene des Strategischen Stabilitätsdialogs, sicher eine wichtige Rolle spielen. Bekanntlich sprechen Grossmächte gerne unter sich. Es braucht aber auch inklusivere Foren. Da bietet sich die Wiederbelebung des NATO-Russland-Rates und natürlich als umfassendstes Format die OSZE an. Wichtig ist dabei, dass sich die Schlüsselakteure auf einen durchdachten Prozess einigen.

Sie müssen sich im Klaren sein, welche Inhalte sie auf welcher Plattform diskutieren und schliesslich verhandeln wollen.

Viertens: Was die Verhandlungsinhalte anbelangt, so ist in den letzten zwei Monaten sehr viel Substanz auf den Tisch gebracht worden, insbesondere durch die russischen Vertragsentwürfe und die amerikanische Antwort darauf. Seit mindestens einem Jahrzehnt hatte es keine derartige Verhandlungsbereitschaft zu einer breiten Palette von Fragen der europäischen Sicherheit mehr gegeben. Kommen diese Verhandlungselemente auch nach der kriegerischen Auseinandersetzung wieder auf den Tisch? Falls ja, dann könnte über **drei Kategorien von Fragen** diskutiert werden:

- Zunächst über **vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen** sowie militärische Risikominderung. Dies könnte die Stärkung des Dialogs von Militärs zu Militärs, die Prävention und das Management von Unfällen und Zwischenfällen, mehr Transparenz und Zurückhaltung bei Grossmanövern in Grenznähe sowie schliesslich die Modernisierung des Wiener Dokuments beinhalten.
- Im **Bereich der Rüstungskontrolle** könnte über subregionale Rüstungskontrolle im Schwarzen Meer sowie in der Baltischen See verhandelt werden. Beides stellten über viele Jahre politische Tabuthemen dar. Dadurch wäre auch die Stationierung kritischer Waffensysteme und Truppenobergrenzen an der NATO-Russland-Kontaktlinie weitgehend zu regeln. Natürlich müsste auch das Nachfolgeregime für die nuklearen Mittelstreckenwaffen (früher INF) definiert werden. Schliesslich haben wir kein Interesse an einem nuklearen Rüstungswettrennen in Europa.
- Sodann gibt es keine Alternative zu einer **Reflexion über die Grundsatzfragen der europäischen Sicherheit**. Ich bin weiterhin der Auffassung, dass die Vorbereitung auf das 50-Jahr-Jubiläum des Schlussabkommens von Helsinki ein geeigneter Anlass wäre, einen diplomatischen Prozess zu lancieren, der zum Ziel hat, wieder zu einem
- gemeinsamen Verständnis über die Prinzipien der europäischen Sicherheit zu gelangen.

Sie sehen, und dies ist meine Schlussbemerkung, ich halte es mit Churchill, der davon überzeugt war, dass in jeder Krise auch eine Chance liegt. Ich hoffe, dass wir diese Gelegenheit lieber früher als später ergreifen.